

Simon Ebert

Wilhelm Sollmann

**Sozialist – Demokrat – Weltbürger
(1881–1951)**



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4223-7

ISSN 0941-7621

© 2014 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Reihengestaltung: Just in Print, Bonn · Kempken DTP-Service, Marburg

Umschlagfoto: *Abb. links*: Archiv der sozialen Demokratie/Friedrich-Ebert-Stiftung,
FA037478 | *Abb. rechts*: Rechteinhaber unbekannt

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: digimediprint GmbH, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2014

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
I Einleitung	9
1 Ein sozialdemokratischer Individualist	9
2 Forschungsstand und Quellenlage	14
II Im Kaiserreich	19
1 Kindheit und Jugend in der thüringischen Provinz	19
2 Verwurzelung in Köln: Lebensreform und Sozialdemokratie	23
3 Die sozialistische Jugendbewegung: Rebellion gegen die Partei	36
4 Der Beginn der journalistischen Karriere: Redakteur der Rheinischen Zeitung	62
5 Politische Profilierung in der rheinischen Sozialdemokratie: Zwischen Massenstreikdebatte, Bakschisch-Prozess und Reichstagskandidatur	67
6 Politischer Standpunkt vor dem Ersten Weltkrieg	80
III Weltkrieg und Revolution	85
1 Wandlungen des politischen Standpunkts: Burgfrieden statt Klassenkampf	85
2 Kooperation statt Konfrontation: Der Richtungsstreit in Köln	94
3 Zwischen Burgfrieden und Klassenkampf: Kommunalpolitik im Ersten Weltkrieg	105
4 Profilierung als »Reformer«	124
5 Die Revolution in Köln	134
6 Revolutionär wider Willen: Wilhelm Sollmann und der Systemwechsel in Köln	149
IV In der Weimarer Republik	159
1 Beginn der parlamentarischen Karriere	159
2 Die Sozialdemokratie in der Verantwortung: Für eine machtbewusste Politik	182
3 Die Republik in Bedrängnis: Zwischen außenpolitischer Erfüllungspolitik und innenpolitischer Koalitionspolitik	205
4 Innenminister in den Kabinetten Stresemann	236
5 Kommunalpolitik in Köln	270
6 Die Reform der Parteipresse	298

7	Zwischen Opposition und Koalition: Die SPD in der Mittelphase von Weimar	323
8	Klassen- oder Volkspartei? Bemühungen um eine Verständigung mit dem Katholizismus	338
9	Die Krise des Parlamentarismus: Der Weg zu den Präsidialkabinetten	350
10	Die Ära Brüning	370
11	Kontroversen um den richtigen Kurs: Reparationen und Wehrpolitik	402
12	Das Ende von Weimar	423
V	Stationen der Emigration	429
1	Der Weg in die Emigration	429
2	Im Wartestand in Luxemburg: Der Beginn der Diskussion um die Zukunft des Sozialismus	446
3	Unsichere Zeiten: Das private Umfeld und die Probleme des Emigrantenlebens	469
4	Die Anfänge in den USA: Zwischen existenziellen Sorgen und persönlicher Begeisterung	479
5	Das sozialistische Exil in den Vereinigten Staaten	497
6	»Für Deutschland, gegen Hitler.« Vorstellungen und Konzeptionen für die internationale Friedensordnung und ein Deutschland nach Hitler	514
7	Im Zeichen des demokratischen Wiederaufbaus: Die letzten Lebensjahre	533
VI	Fazit: Vom Jungsozialisten zum amerikanischen Politologen: Ein Sozialdemokrat zwischen den Zeiten	555
Anhang		
	Abkürzungsverzeichnis	566
	Abbildungsnachweis	567
	Quellen- und Literaturverzeichnis	567
	1 Ungedruckte Quellen	567
	2 Schriftenverzeichnis Wilhelm Sollmann	570
	3 Gedruckte Quellen und Literatur	578
	4 Internetquellen	596
	Personenregister	597
	Über den Autor	605

bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, um über die Konsequenzen des Beschlusses der sozialdemokratischen Fraktion zu beraten, was schließlich im Rücktritt der Regierung Cuno endete.³²⁷

4 Innenminister in den Kabinetten Stresemann

Die neue Regierung bildete sich binnen kurzer Zeit. Die Nachfolge Cunos war in den Gesprächen zwischen den Parteiführern am Nachmittag des 12. August besprochen worden und so konnte der neue Reichskanzler der Großen Koalition, Gustav Stresemann, schon am Abend des 13. August vom Reichspräsidenten ernannt werden. Damit war vollendet, was sich schon seit Monaten abgezeichnet hatte und in den letzten Wochen fast unausweichlich wurde. Die Initiative zur Bildung der Großen Koalition war von der SPD ausgegangen und entsprang dem Willen, eine von der breiten Masse getragene, starke Führung des Staats zu garantieren. Sollmann befürwortete die Entscheidung zur Bildung der Koalition nicht nur eindeutig, sondern wurde selbst auch Mitglied der neuen Regierung.³²⁸ Wie erklärt es sich, dass Sollmann ministrabel geworden war? Die Sozialdemokratie stellte im ersten Kabinett Stresemann vier Minister: Robert Schmidt wurde Vizekanzler und Minister für Wiederaufbau, Gustav Radbruch übernahm das Justizministerium, Rudolf Hilferding das Finanzministerium und Wilhelm Sollmann das Innenministerium.³²⁹ Er strebte diesen Posten nach eigener Aussage nicht an und hegte ernste Bedenken angesichts der Schwere der Aufgabe, aber schließlich sah er sich in der schwierigen Situation der Republik wohl in der Verantwortung. Zudem wurde er von der Partei offensichtlich gedrängt, das Amt zu

327 Der Beschluss der Fraktion ist abgedruckt in: RZ Nr. 188, 13. August 1923.

328 Sollmann schrieb sich einen erheblichen Anteil an der Bildung der Koalition zu. Dem Sohn Gustav Stresemanns schreibt er im 1939: »Ich glaube nicht dass Gustav Stresemann Kanzler geworden wäre, wenn ich nicht mit einigen Freunden jahrelang vorher die Idee der großen Koalition gegen starke Widerstände in der Sozialdemokratischen Partei durchgesetzt hätte.« Sollmann an Joachim Stresemann vom 26. September 1939, HASTK 569/V-3-192, 192 a. Diese Darstellung überschätzt seinen Einfluss, aber sein beständiges Werben innerhalb der Partei für die Koalition wird nicht ohne jegliche Wirkung auf innerparteiliche Meinungsbildung gewesen sein. Sollmann gehörte im Sommer 1923 in der Sozialdemokratie zweifelsohne zu den entschiedensten Befürwortern der Regierungsbeteiligung. Vgl. Kastning: Sozialdemokratie, S. 113.

329 Sollmanns Ernennungsurkunde datiert auf den 13. August 1923. HASTK 1120/353. Außerdem waren in der Regierung vertreten: Reichskanzler und Außenminister Stresemann (DVP), Wirtschaftsminister Hans von Raumer (DVP), Arbeitsminister Heinrich Brauns (Zentrum), Postminister Anton Höfle (Zentrum), Minister für die besetzten Gebiete Johannes Fuchs (Zentrum), Reichswehrminister Otto Geßler (DDP), Verkehrsminister Rudolf Oeser (DDP), Ernährungsminister Hans Luther (parteilos). Zur Zusammensetzung des Kabinetts siehe AdR Stresemann I, S. XXVII–XXX.

übernehmen.³³⁰ Seine Berufung stand im direkten Zusammenhang mit seiner Eigenschaft als Vertreter der besetzten Gebiete. Er hatte sich durch seinen beständigen Kampf gegen alle Loslösungsbestrebungen und als Sprecher der besetzten Gebiete in den letzten Jahren verdient gemacht, was sogar von der rechtskonservativen Presse anerkannt wurde. Dort lobte man sein »mannhaftes Eintreten für den Widerstand gegen die französische Willkür«³³¹. Auch bei bürgerlichen Politikern war Sollmann angesehen. Hans Luther meinte gar über ihn, er sei »tatsächlicher Führer der Sozialdemokraten [...], ein kluger Kopf, aber mit einem Zug von Fanatismus«³³². Mit der Ernennung eines entschiedenen Gegners des Separatismus zum Innenminister war von Seiten der Regierung offensichtlich die Absicht verbunden, derartigen Bestrebungen, die in den Wochen zuvor hervorgetreten waren, einen Riegel vorzuschieben.³³³

Allerdings zeigte sich bald, dass sich selbst in den Regierungsparteien die Zustimmung zu der neuen Regierung in Grenzen hielt. In der Abstimmung nach der Regierungserklärung gab es zwar eine breite Zustimmung von 239 gegen 76 Stimmen, aber jeweils ein Drittel der Abgeordneten von SPD und DVP blieb der Abstimmung fern.³³⁴ In der SPD wandten sich sogar 43 Fraktionsmitglieder in einer Erklärung

330 In einem Brief an seine Frau vom 13. August schreibt Sollmann: »Wie Du inzwischen schon erfahren haben wirst, komme ich ernsthaft als Reichsminister des Innern in Betracht. Die Entscheidung fällt noch heute. Einstweilen sträube ich mich noch, denn die politischen und persönlichen Konsequenzen sind gar nicht abzusehen. [...] Auch politisch ist es natürlich ein schweres Experiment, denn die Verhältnisse sind beinahe verzweifelt. Aber schließlich müssen es einige tun, und ich glaube mit Stresemann als Kanzler läßt sich arbeiten.« Sollmann an Käthe Sollmann vom 13. August 1923. SCPC, DG 45 Wilhelm Sollmann, Box 18, Folder »Correspondence Sollmann Family 1906–1920«, Bl. 4 f. Felix Hirsch berichtet in seiner Stresemann-Biografie, Sollmann habe nur auf dringlichen Wunsch Eberts das Innenministerium übernommen. Hirsch: Stresemann, S. 145. Diese Aussage beruht auf Mitteilungen Sollmanns, der Hirsch in mehreren Interviews über Stresemann berichtete. Zweifellos wurde Sollmann gedrängt, sich der Aufgabe nicht zu verweigern. Auf dem Parteitag 1924 berichtet Sollmann: »Ich bin ja auch zum Minister gepreßt worden.« Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle die Aussage vom Parteivorsitzenden Hermann Müller: »Sehr richtig.« Protokoll Parteitag 1924, S. 115.

331 DAZ 15. August 1928.

332 Luther: Politiker ohne Partei, S. 110.

333 Dies wurde auch zeitgenössisch so interpretiert. Siehe dazu Severing: Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 425. Es hatte anscheinend von Beginn an Einigung darüber geherrscht, dass Innenministerium mit einem Rheinländer zu besetzen. Dafür spricht, dass auch der ursprüngliche Kandidat Johannes Fuchs als Oberpräsident der Rheinprovinz ein Vertreter des Rheinlands war. Mit Hans Luther, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Essen war ein weiterer Vertreter der besetzten Gebiete Mitglied des Kabinetts. Da aber im Zuge der Regierungsbildung die Sozialdemokratie das Innenministerium als Kompensation für die Aufgabe ihres Widerstands gegen den Verbleib des Reichswehrministers Geßler erhalten hatte, fiel das Innenministerium an Sollmann. Siehe dazu AdR Stresemann I, S. XXVIII f. Sollmann war dann bereits auf der ersten Ministerliste, die Stresemann Reichspräsident Ebert am 13. August übermittelte, als Innenminister aufgeführt. BA-B, R 601/399, Bl. 184.

334 Das Abstimmungsergebnis Protokoll Reichstag, Bd. 361, S. 11839, 11871. Vgl. auch Arns: Regierungsbildung, S. 158 f.; Mühlhausen: Ebert, S. 621 f.; Winkler: Revolution, S. 602 f.

gegen die Koalition. Darunter befand sich auch der Kölner Abgeordnete Fries, der bereits im Juli zu den Initiatoren eines Aufrufs an den Parteivorstand gehört hatte, der unter anderem forderte, eine Koalition mit den Kommunisten in Betracht zu ziehen.³³⁵ Im Geiste dieses Aufrufs kritisierte Fries in einer Kölner Parteiversammlung, die anlässlich des Eintritts in die Koalition einberufen worden war, die Beteiligung an der Koalition.³³⁶ Aber das Unbehagen ob des Eintritts in die Regierung beschränkte sich nicht auf die innerparteiliche Opposition. Sogar der Parteivorsitzende Otto Wels gestand, kein Anhänger der großen Koalition zu sein und diese solange verhindert zu haben, bis die Umstände den Regierungseintritt erzwungen hätten. Bis in die Spitze der Partei wurde die Rückkehr in die politische Verantwortung als Ergebnis einer Zwangslage und nicht mit dem Willen zur Gestaltung begründet, was für den Rückhalt der neuen Regierung nicht förderlich war.³³⁷ Sollmann dagegen hatte schon vor der Regierungsbildung geäußert, die Monate der Opposition, in denen eine konstruktive Politik kaum möglich gewesen sei, müssten die Augen geöffnet haben und forderte den Mut zur Tat; er interpretierte die Regierungsbeteiligung als Chance.³³⁸

Es war aber nicht nur die in der SPD geäußerte Kritik, die das Fundament der Koalition von Beginn an schwächte. Auch auf dem rechten Flügel der DVP wurde die Große Koalition abgelehnt. Ernst Scholz, Stresemanns Nachfolger als Fraktionsvorsitzender, war ein Gegner der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Darüber hinaus stießen insbesondere die sozialdemokratischen Minister auf unverhohlene Kritik aus dem rechten Lager, vor allem in Bayern. Dort begegnete man Sollmann wegen seines energischen Einsatzes für den Einheitsstaat und seiner kulturpolitischen Ansichten mit deutlichen Vorbehalten bis hin zu eindeutiger Ablehnung.³³⁹ Strese-

335 Winkler: *Revolution*, S. 586. Die Erklärung der 43 oppositionellen Abgeordneten ist abgedruckt in: RZ Nr. 191 16. August 1923.

336 RZ Nr. 196, 22. August 1923.

337 Mühlhausen: Ebert, S. 621 f.

338 Sollmann (ungezeichnet): *Vor der großen Koalition?*, in: RZ Nr. 187, 11. August 1923.

339 In einem Brief an den Reichskanzler brachte der Abgeordnete Hamm von der DDP zum Ausdruck, dass die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung in Bayern auf starken Widerspruch stoßen werde. Über Sollmann heißt es in dem Brief: »Vom Reichsminister des Innern wird man sagen, daß er für die historische Art der Länder, besonders für die bäuerlich-bürgerliche Art Bayerns kein Verständnis haben werde, noch weniger für die christliche Schule [...]«. Hamm an den Reichskanzler vom 16. August 1923, AdR Stresemann I, S. 11–17. Die Vorbehalte gegenüber Sollmann fand man bestätigt durch dessen Aufforderung an den Staatssekretär im Innenministerium Freiherrn von Welsler, seinen Rücktritt zu nehmen, was in der bürgerlichen Presse Bayerns große Aufmerksamkeit erregte, weil man darin einen Systemwechsel zu erkennen glaubte. Vgl. den Bericht des Staatssekretärs von Haniel. AdR Stresemann I, S. 12, Anm. 9. Dort heißt es in einem Zitat aus dem Bayerischen Kurier: »Der neue Reichsminister des Innern ist bekannt als eifriger Verfechter kulturpolitischer ›Ideale‹ der Sozialdemokratie, namentlich auch auf dem Gebiet des Schulwesens. Offenbar soll nun die Bahn frei gemacht werden für die Verwirklichung dieser seiner Anschauung auf breitestem Boden, nicht etwa nur innerhalb des Burgfriedens von Köln.« Dieser Bericht zeigt auch, wie sehr die Zusammenarbeit der Kölner Sozialdemokratie

mann gab aber gegenüber dem bayerischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck, er habe sich zwar des Anspruchs der Sozialdemokratie auf das Innenministerium nicht widersetzen können, ohne die Regierungsbildung zu gefährden, aber in der Wahl Sollmanns glaube er die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit mit dem Reichswehrministerium und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gewährleistet zu sehen.³⁴⁰

Vor dem Hintergrund dieser kaum zu übersehenden Kritik an der neuen Regierung bis in die Koalitionsparteien hinein musste für die Beteiligten erkennbar sein, dass man zwar nominell einen großen Rückhalt im Parlament besaß, ihr Fundament faktisch jedoch deutlich schwächer war. Dennoch waren große Erwartungen an sie geknüpft, denn die Bildung der Großen Koalition war ja vor allen Dingen deshalb zustande gekommen, weil man angesichts der schwierigen Lage eine Regierung mit breiter parlamentarischer Basis für notwendig hielt.³⁴¹ Ob sie den Erwartungen gerecht werden würde, musste sich angesichts der höchst problematischen Rahmenbedingungen noch zeigen. Finanziell stand das Reich vor dem Abgrund, der Wert der Mark sank ins Bodenlose. Der passive Widerstand musste als gescheitert betrachtet, der Ruhrkampf beendet werden. Ein weiteres Problem war die zunehmende innenpolitische Radikalisierung, die vor allem Sollmann als Innenminister betraf. Er hat als eine seiner vordringlichen Aufgaben daher auch die Wahrung der öffentlichen Ordnung genannt, weil alle Planungen der neuen Reichsregierung zur Behebung der finanziellen und wirtschaftlichen Not durch Streiks und Unruhen gestört würden. Er mahnte zu Ruhe und Einigkeit und warnte vor den Gefahren des Separatismus im Westen und in Bayern sowie Aufständen in Sachsen.³⁴² Darauf zielte auch seine erste Rede als Innenminister im Reichstag. Er verurteilte die Hetze gegen die Regierung und die Aufrufe zur Gewalt in der kommunistischen und völkischen Presse gegen die Regierung scharf und rief zum Schutz der Verfassung und des Reichs auf.³⁴³ Dies illustriert die Umstände, unter denen die Regierung ihre Arbeit aufnahm und gibt

unter Sollmanns Führung mit Adenauer auch reichsweit wahrgenommen wurde. Zur Kulturpolitik Sollmanns in Köln siehe Kapitel IV.5.

340 Der Reichskanzler an den bayerischen Ministerpräsidenten vom 18. August 1923. AdR Stresemann I, S. 33–37.

341 Vgl. RZ Nr. 189, 14. August 1923; Nr. 193, 18. August 1923.

342 RZ Nr. 195, 21. August 1923.

343 Protokolle Reichstag, Bd. 361, 15. August 1923, S. 11887–11889. Die ständigen Zwischenrufe kommunistischer und deutschnationaler Abgeordneter während Sollmanns Rede sind ein Beleg für die aufgeheizte Atmosphäre. Sollmann hatte sich in den Jahren zuvor stets als scharfer Kritiker der deutschnationalen Politik gezeigt. In einem Interview brachte er die Gefahren der deutschnationalen Agitation noch einmal deutlich zum Ausdruck. Die antinationale Politik der DNVP, die eine Frontstellung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie fordere, würde zum sofortigen Abfall des Rheinlands führen. Ihre Politik, ihre Franzosenhetze, ihr Ruf nach gewaltvoller Veränderung des Versailler Vertrags, ihr Revanchegeist seien die wertvollste Begründung der Franzosen für weitere Sicherungen am Rhein. RZ Nr. 206, 3. September 1923.

einen Ausblick darauf, welche Gefahren dem Reich in den kritischen Monaten im Herbst 1923 von links und rechts drohten.³⁴⁴

Ein Regierungsprogramm besaß die Große Koalition nicht. Aber über die allgemeinen Zielsetzungen bestand ein Grundkonsens. Unzweifelhaft für alle Beteiligten war, dass der passive Widerstand nicht mehr lange aufrecht erhalten werden konnte und eine Lösung des Ruhrkonflikts auf dem Weg der Verhandlungen gefunden werden musste. Weiterhin wollte man, wie Sollmann es in seiner Antrittsrede als Minister gefordert hatte, die Einheit des Reichs wahren und die Verfassung gegen die Angriffe von links und rechts schützen.³⁴⁵ Inwiefern auch über die Wahl der Mittel zur Durchsetzung dieser allgemeinen Ziele Einigkeit herrschte oder ob dies den Bestand der Koalition in Frage stellte, musste sich allerdings noch zeigen. Von Seiten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war vor Eintritt in die Regierung ein Forderungskatalog aufgestellt worden.³⁴⁶ Am drängendsten war das Problem der Finanz- und Währungsreform, was auch der Schlüssel zur Lösung der weiteren innen- und außenpolitischen Probleme war.

Eine Voraussetzung für das Gelingen einer Währungsreform war die Lösung des Ruhrkonflikts. Das ursprüngliche Ziel, den passiven Widerstand nur bei Zugeständnissen Frankreichs abzurechnen, wurde zunehmend unrealistischer. Solange der passive Widerstand finanziert wurde, konnte eine Währungsstabilisierung nicht gelingen. In der Kabinettsitzung am 23. August war man einheitlich der Meinung, dass der passive Widerstand vor dem Winter beendet sein müsse. Sollmann forderte, das Ende des Widerstands innenpolitisch vorzubereiten, wofür vor allem vier Maßnahmen notwendig seien: der Zusammenschluss der wirtschaftlichen und politischen Organisationen im besetzten Gebiet, die Aufrechterhaltung der Presse in den besetzten Gebieten, eine Konferenz der Innenminister aller Länder in Berlin und die Reichswehr müsse unbedingt auf den Boden der Republik gestellt werden. Eine gewisse Diktatur, so Sollmann weiter, sei unter Umständen nicht zu vermeiden. Stresemann zeigte sich mit diesen Vorschlägen in den Grundzügen einverstanden.³⁴⁷

Sollmann gab hier wie auch später zu verstehen, dass er zum Schutz der Republik notfalls auch diktatorische Maßnahmen für vertretbar hielt. Zweifellos stand dahinter stets der Wille zur Erhaltung der Demokratie. Wenn diese gefährdet war, so musste in Sollmanns Verständnis der Staat alle seine Möglichkeiten ausschöpfen, um sie zu

344 Auch Stresemann hatte am 11. August gegenüber dem englischen Botschafter geäußert, er fürchte einen kommunistischen Angriff und die darauf folgende nationalistische Reaktion. D'Abernon: Botschafter, Bd. 2, S. 270.

345 AdR Stresemann I, S. XXV.

346 Zu den Forderungen siehe Vorwärts Nr. 374, 12. August 1923.

347 AdR Stresemann I, S. 81 f. An dieser Sitzung nahmen auch die Mitglieder des Preußischen Kabinetts teil.

verteidigen. Dazu gehörte auch, dass die Regierung sich vom Parlament unabhängig machte.³⁴⁸

Für eine schnelle Entscheidung sprachen aus Sollmanns Sicht nicht nur die hoffnungslos zerrüttete Währung, sondern ebenso die schlimme Lage der Bevölkerung in den besetzten Gebieten.³⁴⁹ In der Kabinettsitzung am 30. August drängte er mit Rücksicht auf die Bevölkerung darauf, den Abbruch vorzubereiten und gegenüber den Vertretern der besetzten Gebiete deutlich zu machen, dass weitere Kredite nicht mehr gegeben werden könnten. Wichtig sei das volle Einvernehmen der Bevölkerung, denn alles was geschehe, müsse getragen sein von dem Wunsch und dem Willen des besetzten Gebiets.³⁵⁰ Sollmann bekam Unterstützung durch die Rheinische Zeitung, die bislang den passiven Widerstand konsequent unterstützt hatte, nun aber offen die Notwendigkeit des Abbruchs diskutierte.³⁵¹ Die Arbeiter an der Ruhr, so die Rheinische Zeitung, seien bereit, den Widerstand sofort aufzugeben, weil der herrschende Zustand nicht mehr zu ertragen sei und sie daher nichts mehr begrüßen würden als eine Regelung, die ihnen die Rückkehr an ihre Arbeitsplätze ermöglichte. Zu den Voraussetzungen für die Aufgabe des Ruhrkampfes heißt es:

»An der Ruhr ist man zur Beendigung des passiven Widerstandes bereit, wenn der Bevölkerung für ihr ferneres Wohlergehen Zusicherungen gegeben werden und Frankreich Gewähr dafür leistet, daß die Produktion sofort in einem Rahmen wieder aufgenommen wird, der die zukünftige Lebensmöglichkeit für die ihm Ruhrgebiet ansässigen Volksgenossen sichert. Diese Gewähr erblickt die Arbeiterschaft vor allem in der Zurücklassung der Ausgewiesenen und in der Freilassung der Verhafteten. Werden diese Sicherheiten gegeben [...], dann steht dem Verzicht auf den

348 In den ersten Wochen des Kabinetts Stresemann wurden die Maßnahmen der Regierung überwiegend auf Grundlage des Artikels 48 getroffen, da das Parlament sich nach der Sitzung vom 15. August auf unbestimmte Zeit vertagte und in die Sommerpause ging. Vgl. AdR Stresemann I, S. XXX.

349 In der Sitzung vom 23. August hatte etwa der preußische Innenminister Severing berichtet: »Der moralische Tiefstand der Arbeiterschaft ist so groß, daß es jahrelanger Erziehungsarbeit bedürfen wird, die Arbeiterschaft wieder zu gewerkschaftlicher Disziplin zu bringen.« AdR Stresemann I, Dok. Nr. 18, S. 80. Ähnliche Berichte häuften sich in dieser Zeit. Vgl. ebd. Dok. 56, 59, 76, 79.

350 AdR Stresemann I, Dok. Nr. 33, 30. August 1923, S. 166.

351 RZ Nr. 201, 28. August 1923; Nr. 202, 29. August 1923; Nr. 203, 30. August 1923. Grundlage der Berichterstattung war ein Bericht des Sekretärs der Arbeiterinternationalen (SAI) Tom Shaw. Shaw war im Auftrag der SAI ins besetzte Gebiet gefahren, um dort die Lage zu sondieren. Er hielt sich zunächst in Köln auf, wo er auch mit Sollmann zusammentraf. Ruck: Die Freien Gewerkschaften, 435 f. Der vollständige Bericht Shaws findet sich ebd., Bl. 14–19. Auszüge aus dem Bericht finden sich auch im Vorwärts und der LVZ. Vorwärts Nr. 399, 28. August 1923; LVZ Nr. 200, 28. August 1923. Allerdings werden dort nicht ebenso eindeutige Schlüsse gezogen wie in der RZ. Während diese offen ausspricht, dass die Bevölkerung den Abbruch des passiven Widerstandes wolle, heißt es im Vorwärts zu dem Bericht Shaws, er verdiene »eingehende Beachtung«.

passiven Widerstand nichts mehr im Wege, und dann sollte man annehmen, wäre selbst nach Frankreichs Auffassung die Zeit für Verhandlungen gekommen.«³⁵²

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass diese eindeutige Stellungnahme der Rheinischen Zeitung in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung war.³⁵³ Die Rheinische Zeitung war das einzige Organ der Sozialdemokratie im besetzten Gebiet, das im Prinzip uneingeschränkt berichten konnte und war daher dort zum wichtigsten Sprachrohr von Partei und Freien Gewerkschaften geworden. Wenn dieses Blatt nun von der Linie der eindeutigen Unterstützung des passiven Widerstands abwich, dann hatte dies Signalwirkung. Dass der Chefredakteur zugleich der Innenminister des Reichs war, gab dieser Haltung noch mehr Gewicht.

Für Sollmann diente die Berichterstattung der Rheinischen Zeitung offensichtlich dazu, die Bevölkerung auf das Unvermeidliche, die Aufgabe des passiven Widerstands, vorzubereiten, wie er es mehrfach gefordert hatte. Es sprach tatsächlich immer weniger dafür, den Widerstand noch lange aufrechterhalten zu können.³⁵⁴ In einer Besprechung mit rheinischen Abgeordneten eröffnete Stresemann diesen, dass der passive Widerstand möglichst bald abgebrochen werden müsse. Vorher, so war man sich einig, sollte jedoch der Kontakt mit Frankreich gesucht werden, um zu einer Verständigung zu kommen.³⁵⁵ Stresemann hatte diesbezüglich am 24. August und 2. September in zwei Reden Frankreich die Gewährleistung von produktiven Pfändern durch eine hypothekarische Belastung der deutschen Wirtschaft und die Gewährleistung der französischen Sicherheit durch einen Rheinpakt angeboten.³⁵⁶ Sollmann stellte sich hinter den Reichskanzler. Der Kernpunkt der weiteren Entwicklung, so führte er aus, sei die Verständigung mit Frankreich. Die Bekundungen Stresemanns hätten der Welt gezeigt, dass Deutschland eine Kehrtwende in der Außenpolitik vollzogen habe. Er unterstrich die Bereitschaft der Regierung zur Verständigung. Man sei gewillt, Entschädigungen zu leisten und Sicherheitsregelungen zu akzeptieren, solange

352 RZ Nr. 202. 29. August 1923.

353 Ruck: Die Freien Gewerkschaften, S. 442.

354 In einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums berichtet Sollmann, auch bei den Kommunalbeamten herrsche der Eindruck, nicht mehr lange Widerstand leisten zu können. Ebd., S. 441.

355 AdR Stresemann I, Dok. 43. Stresemann glaubte anfangs noch an eine Besserung der außenpolitischen Lage, da England in einer Note vom 11. August die Ruhrbesetzung als unrechtmäßig erklärt hatte. Auch in der SPD hatte dies Anlass zur Hoffnung gegeben. Vgl. Vorwärts Nr. 374 a, 13. August 1923. Da Frankreich davon aber völlig unbeeindruckt blieb, kam Stresemann zu der Erkenntnis, dass die Umstände ein Warten auf eine weitere englische Initiative nicht erlaubten und versuchte, durch Kontakte nach Frankreich Bedingungen für die Aufgabe des passiven Widerstands zu stellen. Vgl. Baechler: Stresemann, S. 354–359; Wright: Stresemann, S. 218 f.

356 Vorwärts Nr. 394, 24. August 1923; Stresemann: Vermächtnis I, S. 98–103.

nicht die Souveränität Deutschlands eingeschränkt werde. Es sei jetzt an Frankreich, auf diesen Verständigungswillen einzugehen.³⁵⁷

Stresemann hoffte, da Poincaré Verhandlungen vor Abbruch des passiven Widerstands ablehnte, durch nicht amtliche Kontakte eine Übereinkunft zu erzielen. Deshalb wollte er am 15. September auch noch nicht auf die Anregung des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun eingehen, den Widerstand sofort abubrechen. Sollmann schloss ebenfalls eine sofortige Aufgabe aus, da dies zu chaotischen Zuständen im besetzten Gebiet führen würde. Er fragte jedoch, wie viel Zeit der Reichskanzler für die Verhandlungen mit Frankreich noch benötige, weil im besetzten Gebiet eine starke Verschlechterung der Stimmung zu verzeichnen sei. Er schlug deshalb eine erneute Fühlungnahme mit Abgeordneten der Besatzungsgebiete vor. Stresemann wollte keine Fristen für die Verhandlungen nennen, erwartete aber eine Entscheidung in der nächsten Woche.³⁵⁸

Sollmann begab sich am folgenden Tag im Auftrag Stresemanns nach Köln, um dort die Pläne der Reichsregierung darzulegen.³⁵⁹ Über die Rücksprache mit den Führern der Koalitionsparteien berichtete er im Kabinett, dass in den behandelten Fragen volle Einmütigkeit erzielt worden sei. Sollmanns in Köln gewonnene Erkenntnisse bestätigten seine Einschätzung, dass der passive Widerstand nicht mehr lange zu halten sei. Moralisch sah er die Zustände auf einem Tiefpunkt. Allein wegen der um sich greifenden Korruption sei die Aufgabe nötig. Er berichtete, man habe ihm auch dann zur Aufgabe geraten, wenn keine Möglichkeit für Verhandlungen mehr bestünde. Zudem verstärkten sich die separatistischen Umtriebe.³⁶⁰

357 So die mit Stresemann abgesprochenen Ausführungen Sollmanns gegenüber einer Abordnung der Internationalen Frauenliga. RZ Nr. 213, 11. September 1923. Die Übereinstimmung mit Stresemann unterstrich er auch in einem Beitrag für die Rheinische Zeitung. RZ Nr. 219, 18. September 1923. Vgl. auch die Berichterstattung der RZ, die ebenfalls Stresemanns Kurs unterstützte. Dort glaubte man auch Anzeichen einer Bereitschaft Frankreichs zur Verständigung erkennen zu können. RZ Nr. 211, 8. September 1923; Nr. 213, 11. September 1923. Die Vertreter der besetzten Gebiete erklärten jedoch, dass sie keinesfalls bereit seien, die Initiative für die Aufgabe des passiven Widerstands zu ergreifen, wie Sollmann es angeregt hatte. Dies bekräftigte Karl Jarres, Oberbürgermeister von Essen, in einem Brief gegenüber dem Staatskommissar Mehlich vom 10. September. Auch Adenauer lehnte laut Jarres dieses Ansinnen ausdrücklich ab. AdR Stresemann I, Dok. 52, S. 234.

358 AdR Stresemann I, Dok. 59, S. 276–280. In den Notizen des Reichssparkommissars Saemisch steht zu den Ausführungen Sollmanns: »Sollmann gegen sofortige Aufgabe des p. W. aus den vom Kanzler dargelegten Gründen. Wie lange dauert es noch bis zum Abschluß? Abbruch muß vorbereitet werden, Illusion muß zerstört werden.« Ebd., S. 280.

359 Stresemann: Vermächtnis I, S. 128. In der RZ heißt es, Sollmann sei wegen der Einweihung des Müngersdorfer Stadions in Köln gewesen. Vgl. RZ Nr. 219, 18. September 1923. Sollmann wird wohl diesen schon länger feststehenden Termin genutzt haben, um die von ihm selbst im Kabinett geforderte Rücksprache zu halten.

360 AdR Stresemann I, Dok. 64, S. 303 f.

Sollmanns Bericht bestätigte die allgemeinen Eindrücke. Eine Fortführung des Ruhrkampfes war unmöglich.³⁶¹ Über die Notwendigkeit dieses Schritts herrschte weitgehende Einigkeit. Aber die Kräfte im rechten politischen Spektrum machten sich den Abbruch zu Nutze, um ihn als Kapitulation vor Frankreich und Verrat an Deutschland zu brandmarken. Die Regierung sah sich vor eine weitere existenzielle Bedrohung gestellt, den Zerfall der Einheit des Reichs. Noch am Tag der Verkündung der Aufgabe des passiven Widerstands verhängte die bayerische Regierung den landesrechtlichen Ausnahmezustand.³⁶² Die Reaktion in Bayern kam für die Regierung jedoch nicht völlig überraschend, weil sich die Gerüchte über mögliche Aktionen verdichtet hatten und man generell mit einer großen inneren Erregung rechnete.³⁶³ Diesbezüglich hatte man bereits über die Presse verbreitet, dass man zum Einsatz aller Machtmittel bereit war.³⁶⁴ In diesen Zusammenhang gehört auch ein Artikel Sollmanns in der Rheinischen Zeitung, in dem er vor kulturellen Teilkämpfen warnte. Für den Erhalt der Republik werde man bis zum Äußersten kämpfen. Drohungen von rechts und links könnten die Regierung nicht schrecken. Auch die Reichswehr stehe zur Republik.³⁶⁵

Zudem kam es in den Tagen vor Verkündung des Abbruchs des passiven Widerstands zu Beratungen darüber, welche Maßnahmen im Fall einer Aktion republikfeindlicher Kreise ergriffen werden könnten.³⁶⁶ Erörtert wurde eine Verordnung, welche die Übergabe der vollziehenden Gewalt an eine Person auf Grundlage des Artikels 48 bestimmte. Die endgültige Fassung dieser Verordnung kam in der Nacht vom 26. auf den 27. September zustande, nachdem durch die Verkündung des Ausnahmezustands in Bayern akuter Handlungsbedarf bestand.³⁶⁷ Zum Inhaber der vollziehenden Gewalt wurde der Reichswehrminister ernannt.³⁶⁸ Nach den Bestimmungen für den

361 Dies wurde auch in Gesprächen von den Parteivertretern aus dem besetzten Gebiet, den Ministerpräsidenten und den Parteiführern anerkannt. Vgl. AdR Stresemann, Dok. 76, 79, 80.

362 Bereits am 25. September hatte der bayerische Ministerpräsident Andeutungen über das Verhältnis von Bayern zum Reich gemacht, falls bei Abbruch des Ruhrkampfes nicht auch der Versailler Vertrag aufgekündigt würde. AdR Stresemann, Dok. 79, S. 351 f. Die Verordnung des Ausnahmezustands ist abgedruckt in: Ursachen und Folgen V, S. 388.

363 In der Kabinettsitzung vom 26. September wurde u. a. von Sollmann gefordert, möglichst schnell einen Regierungskommissar in das besetzte Gebiet zu entsenden, um zu verhindern, dass die Bevölkerung mit den Besatzungsbehörden in Verbindung trete. AdR Stresemann I, Dok. Nr. 82, S. 373–275.

364 Amtliche Mitteilung zitiert bei Mühlhausen: Ebert, S. 625.

365 Sollmann: Um das Reich!, in: RZ Nr. 224, 24. September 1923.

366 Mühlhausen: Ebert, S. 625. Zu den Details der Vorbereitungen siehe ebd. S. 625–628.

367 Über die Teilnehmer an der in großer Eile einberufenen Sitzung gibt es abweichende Angaben. Nach den Erinnerungen Radbruchs war von den sozialdemokratischen Ministern nur Sollmann anwesend. Radbruch: Der innere Weg, S. 170. Laut Bremer Volkszeitung nahmen an der Sitzung u. a. Ebert und Stresemann sowie die Minister Geßler, Sollmann, Hilferding, Höfle, Oeser und Seeckt teil. Mühlhausen: Ebert, S. 627.

368 Die Hintergründe dieser Entscheidung lassen sich nicht genau rekonstruieren. In den vorhergehenden Beratungen war offengelassen worden, wem die vollziehende Gewalt übertragen werden sollte. Siehe dazu ebd., S. 626–628.

zivilen Ausnahmezustand hätte man den Innenminister, also Sollmann, zum Inhaber der vollziehenden Gewalt ernennen müssen. Diesem fehlten jedoch die Mittel, um die ihm übertragene Macht auch zum Ausdruck bringen zu können. Dazu hätte es des Einsatzes der Reichswehr bedurft, die sich aber kaum dem Innenministerium unterstellt hätte. Gegen Sollmann sprach zudem, dass in Bayern starke Vorbehalte gegen seine Person bestanden und seine Ernennung daher in der hochbrisanten Situation die Gefahr der Eskalation des Verhältnisses zwischen Bayern und dem Reich vergrößert hätte. Mit dem aus Bayern stammenden Reichswehrminister glaubte man berechtigterweise auf weniger Widerstände zu stoßen.³⁶⁹

Die Verhängung des Ausnahmezustands über das gesamte Reich hätte aus juristischer Sicht die Aufforderung an Bayern nach sich ziehen müssen, die eigene Verordnung aufzuheben. Es gab in der Regierung aber Zweifel daran, dass Bayern der Aufforderung nachkommen werde. Sollmann forderte dennoch in der Kabinettsitzung am 27. September, eine Aufhebung des Ausnahmezustands einzufordern. Aus seiner Sicht musste gegenüber Bayern unmissverständlich deutlich gemacht werden, dass Reichsgewalt über Landesgewalt stehe. Bereits die Ernennung von Kahrs zum Generalstaatskommissar sei eine Provokation aller republikfreundlichen Kreise.³⁷⁰ Sollmann war bereit, die Konfrontation mit Bayern zu wagen. Auf eine Machtprobe wollten es die bürgerlichen Kabinettsmitglieder aber nicht ankommen lassen.³⁷¹ So blieb die Notverordnung lediglich ein vorgebliches Zeichen der Stärke, die damit verbundenen Möglichkeiten wollte die Reichsregierung gegenüber Bayern nicht ausschöpfen.

Sollmann plädierte wohl aus zwei Gründen für eine harte Linie: Zum einen stellte der bayerische Ausnahmezustand nur den Gipfel einer Reihe von Provokationen dar. Sollmann hatte gleich zu Beginn seiner Amtszeit eine Denkschrift verfasst, in der er

369 Diese Einschätzung bestätigte auch der Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München vom 28. September: »Die Ernennung des Reichswehrministers Gefler hat hier schon wegen seines Gegensatzes zu dem hier bestens gehaßten Herrn Zeigner wohlthuend berührt. Hingegen wird seine »Kontrollierung« durch den Reichsminister des Innern bemängelt. Gegen letzteren herrscht hier ein starkes Mißtrauen schon im allgemeinen wegen seiner Parteiangehörigkeit, ferner aber weil ihm vorgeworfen wird, durch seine Erklärung, daß die Liquidierung des Ruhrkonfliktes die Aufgabe des Reichskabinetts sei, unsere außenpolitischen Karten vorzeitig aufdeckt und dadurch unsere Niederlage besiegelt und verschärft zu haben.« AdR Stresemann, Dok. 87, S. 393–396.

370 Siehe dazu AdR Stresemann I, Dok. 83, S. 383. Im Innenministerium lagen bereits eine Aufhebungsverordnung sowie ein Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten vor. BA-B, R 43 I/2218, Bl. 135.

371 Stresemann führte aus, wenn man keine Gewissheit habe, dass der Aufhebungsforderung auch entsprochen würde, so wäre es besser, ein derartiges Ersuchen erst gar nicht an die bayerische Regierung zu richten. Postminister Höfle (Zentrum) wollte erst die weitere Entwicklung abwarten, Verkehrsminister Oeser (DDP) wollte zunächst die Rechtslage geklärt sehen. Sollmann bat darum, die Beschlussfassung über die Aufforderung nur bis zum nächsten Tag auszusetzen. AdR Stresemann I, Dok. 83, S. 381–384.

diverse Verstöße der bayerischen Staatsregierung auflistete.³⁷² Für einen ausgeprägten Republikaner wie Sollmann, für den der Republikenschutz zum Selbstverständnis als Politiker zählte, waren die beständigen Verstöße und das Untergraben der zentralstaatlichen Autorität ein nicht zu tolerierendes Verhalten, das an den Grundfesten der Republik rührte.

Zum anderen musste befürchtet werden, dass bei einem Zurückweichen der Zentralgewalt gegenüber Bayern die rechtsradikalen Kräfte auch in anderen Teilstaaten losschlugen.³⁷³ Nur wenige Tage später war Sollmann aber von seiner kompromisslosen Einstellung abgerückt. Statt einer förmlichen Aufforderung, wie sie im Innenministerium vorformuliert vorlag, präsentierte der Reichskanzler in der Kabinettsitzung vom 30. September einen mit Sollmann und Otto Geßler abgestimmten Brief an die bayerische Staatsregierung, in dem lediglich darum gebeten wurde, die Aufhebung der Verordnung zu prüfen. Zudem sollte der Generalstaatskommissar seine Maßnahmen in der Zivilverwaltung gegenüber allen Seiten gleich treffen, eine verklausulierte Bitte, gegenüber den Nationalsozialisten nicht mehr so rücksichtsvoll zu agieren.³⁷⁴ Wie erklärt sich, dass Sollmann so schnell seine Forderungen zurücknahm? Ein Grund war wohl die Warnung des Vorsitzenden der bayerischen Landtagsfraktion Erhard Auer, zu großen Druck auf die Staatsregierung in München auszuüben.³⁷⁵ Möglicherweise hatte er auch eingesehen, dass seine ursprüngliche Haltung im Kabinett keine Chance auf Erfolg hatte. Selbst dem deutlich entschärften Brief wollten die bürgerlichen Minister bis auf Geßler nicht zustimmen.³⁷⁶ An diesem Vorgang wird letztlich deutlich, wie begrenzt die tatsächliche Macht der Reichsregierung war. Wenn sie, wie von Sollmann zunächst gefordert, gegenüber Bayern kompromisslos vorgehen wollte, hätte es des Einsatzes der Reichswehr bedurft. Eine Reichsexekutive lehnte Reichswehrminister Geßler, Inhaber der vollziehenden Gewalt, jedoch ab.³⁷⁷

372 »Denkschrift über Anstände gegen das Verhalten der bayerischen Regierung und über Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung.« Diese Denkschrift hatte Sollmann dem Reichskanzler anlässlich eines Gesprächs mit dem bayerischen Ministerpräsidenten übermittelt. AdR Stresemann I, Dok. Nr. 21, S. 87–92.

373 Winkler: Revolution, S. 614.

374 AdR Stresemann I, Dok. 94, S. 411. Vgl. auch Winkler: Revolution, S. 615; Mühlhausen: Ebert, S. 629, 631. So weigerte sich von Kahr, das von Reichswehrminister Geßler als Inhaber der vollziehenden Gewalt angeordnete Verbot des Völkischen Beobachters zu vollstrecken. AdR Stresemann I, Dok. 94, S. 410.

375 Darauf verweist Winkler: Revolution, S. 615. Auer hatte dies in einem Interview mit dem Vorwärts ausgeführt. Vorwärts Nr. 458, 1. Oktober 1923. Zudem wollte auch Reichspräsident Ebert es nicht auf eine Machtprobe ankommen lassen. Mühlhausen: Ebert, S. 629.

376 Schließlich einigte man sich am folgenden Tag auf Vorschlag des Reichspräsidenten darauf, im Reichstag zu erklären, man beabsichtige einen Brief an die bayerische Regierung abzuschicken. Stresemann I, Dok. 97, S. 425.

377 AdR Stresemann I, Dok. 94, S. 414. So blieb auch die Weigerung des Kommandeurs der Reichswehrtruppen in Bayern von Lossow, das Verbot des Völkischen Beobachters gegen den Willen

Bayern war aber nicht der einzige Brandherd des Reichs. Im Rheinland verstärkten sich die Anzeichen separatistischer Umtriebe, die von den Besatzungsbehörden gedeckt wurden.³⁷⁸ Auch die Gefahr eines kommunistischen Putsches war nicht auszuschließen, vor allem in Sachsen und Thüringen, wo sich die KPD unter den linkssozialdemokratisch geführten Regierungen relativ frei entfalten konnte.³⁷⁹ Angesichts der bedrohlichen Lage des Reichs wurden im Kabinett auch die Möglichkeiten beraten, wie man sich in die Lage versetzen konnte, um die zur Beruhigung der Situation notwendigen Maßnahmen möglichst schnell ergreifen zu können. Sollmann sah durch die steigende Bedrohung von rechts und links und die Folgen, die eine gewaltsame Aktion nach sich ziehen würde, »diktatorische Maßnahmen« als unvermeidbar an. Er schlug vor, die Regierung von der Kontrolle der Parteien zu lösen, damit »die Kabinettsmitglieder nicht das Werkzeug ihrer Fraktionen seien«³⁸⁰. Damit wären die parlamentarischen Spielregeln zumindest teilweise ausgehebelt worden. Aber Sollmann war wohl der Meinung, dass das parlamentarische System nur auf diesem Wege überhaupt zu erhalten sei.

Übereinstimmung herrschte im Kabinett darüber, sich durch ein Ermächtigungsgesetz von der Kontrolle des Parlamentes unabhängig zu machen. In der Ministerrats-sitzung am 1. Oktober wurde darüber Einigung erzielt, welche Maßnahmen durch das Ermächtigungsgesetz gedeckt werden sollten. Die sozialdemokratischen Minister zeigten sich in den Verhandlungen äußerst kompromissbereit. Sie stimmten sogar einer Ausdehnung der Arbeitszeit über die Norm von acht Stunden beziehungsweise bei Untertagearbeit sieben Stunden zu. Dieser Punkt war besonders heikel, weil der Achtstundentag als zentrale Errungenschaft der Revolution von der Sozialdemokratie zuvor als unantastbar bezeichnet worden war. Aber angesichts der wirtschaftlichen Notsituation sah man eine vorübergehende Abkehr als notwendig an. Dies betraf vor allem den Bergbau, da das Reich auf umfangreiche Kohlenimporte angewiesen war.³⁸¹

Dem Vorgehen Sollmanns und seiner Parteikollegen lag wohl die Ansicht zugrunde, die sozialdemokratische Fraktion würde einer Arbeitszeitverlängerung mittels eines Ermächtigungsgesetzes eher zustimmen als durch ein eigenes Arbeitszeitgesetz,

des Generalstaatskommissars durchzusetzen, folgenlos, obwohl es sich um Befehlsverweigerung handelte. Vgl. Winkler: *Revolution*, S. 616.

378 Vgl. AdR Stresemann I, Dok. 89, S. 398–401.

379 Siehe dazu Angress: *Kampfzeit*, S. 418–444.

380 So Sollmann in der Kabinettsitzung am 30. September. AdR Stresemann I, Dok. 94, S. 414. Ähnlich äußerte sich auch Hilferding, Ebd., S. 413.

381 Sollmann hatte bereits anlässlich seines Besuchs in Köln geäußert, die sozialdemokratischen Minister seien weiter strikt gegen die Aufhebung des Achtstundentags, aber Überarbeit werde dort nötig sein, wo es die Interessen der Gesamtwirtschaft erforderten. RZ Nr. 219, 18. September 1923. In der Sitzung am 1. Oktober sagte Vizekanzler Schmidt: »Was die Lage im Bergbau anbetreffe, so müsse er zugeben, daß es nicht zu entschuldigen sei, daß gegenwärtig, wo wir gezwungen seien, Kohlen im großen Ausmaß aus England einzuführen, die Bergarbeiter in Schlesien nur 7 Stunden arbeiten.« AdR Stresemann I, Dok. 97, S. 429 f.

bei dem eine ausführliche Debatte im Reichstag unausweichlich gewesen wäre.³⁸² Die sich damit anbahnende Einigung im Kabinett wurde aber durch einen neuen Konflikt überlagert, der von der DVP ausging. In der Parteiführerbesprechung am 2. Oktober stellte der Fraktionsvorsitzende der DVP, Ernst Scholz, zwar eine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz in Aussicht, forderte allerdings eine Umbildung des Kabinetts. Beabsichtigt war die Erweiterung der Regierung um die DNVP, was von der SPD keinesfalls zu akzeptieren war. Hermann Müller lehnte dies entschieden ab und erklärte auch eine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz in der vorliegenden Form für unmöglich. Anders als die sozialdemokratischen Minister lehnte er die beabsichtigte Arbeitszeitregelung ab und wollte diese Frage ausgeklammert sehen.³⁸³ Vom Verhalten von Scholz waren auch die übrigen Parteiführer überrascht und angesichts der Differenzen war völlig unklar, wie eine Lösung herbeigeführt werden konnte. Eine weitere Besprechung der Parteiführer am gleichen Tag brachte keinen Fortschritt.³⁸⁴ Vor der abendlichen Koalitionssitzung schien damit der Bruch der Koalition kaum noch zu verhindern. Aber überraschend konnte noch einmal ein Konsens gefunden werden. Dies war in erster Linie den sozialdemokratischen Ministern zu verdanken. Sollmann betonte für sich und »für die überwiegende Mehrheit seiner Fraktion« den Willen zu einer Einigung. Ihr Entgegenkommen zeigte sich auch in der Frage der Arbeitszeit, wo man sich auf eine Regelung verständigen konnte.³⁸⁵

Schien damit ein Ende der Regierungskrise möglich, so zerbrach die Koalition doch am nächsten Tag. Weder die Sozialdemokratie, die eine Regelung sozialpolitischer Maßnahmen im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes ablehnte, noch die DVP, die auf der Einbeziehung eben dieser Regelungen beharrte, waren zu einer Zustim-

382 So die Interpretation von Winkler: *Revolution*, S. 627. Dafür sprechen die Ausführungen von Vizekanzler Schmidt am 1. Oktober: »Er halte es für zweckmäßig, über das Gebiet der Arbeitszeit möglichst wenig zu sprechen, um nicht eine vorzeitige umfangreiche Diskussion in der Öffentlichkeit über diese Frage zu entfesseln.« AdR Stresemann I, Dok. 97, S. 429. Auch der Hinweis von Winkler, die von Sollmann am 30. September geforderten diktatorischen Maßnahmen würden sich wohl auch auf die Arbeitszeitfrage beziehen, ist plausibel. Sollmann hatte ja ausgeführt, »die vorliegenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen müßten ohne parteipolitische Einstellung gelöst werden.« AdR Stresemann I, Dok. 94, S. 414. Dies war nur auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes möglich.

383 Weiterhin kündigte Müller eine scharfe Kritik des Verhaltens gegenüber Bayern an. AdR Stresemann I, Dok. 99, S. 437. Hinsichtlich der Arbeitszeitfrage rächte sich wohl, dass die sozialdemokratischen Minister keine Rücksprache mit der Fraktion und dem Parteivorstand gehalten hatten. Winkler: *Revolution*, S. 627.

384 Ebd., S. 438; Dok. 100, S. 444. Hermann Müller betonte erneut, einem Ermächtigungsgesetz werde man nur für die Regelung von Finanzen und Währung zustimmen, nicht für Sozialpolitik und Arbeitszeit. Ebd., S. 445. Zu den Hintergründen dieser Entwicklung siehe Arns: *Die Krise*. Zur Ablehnung der Zusammenarbeit mit der DNVP siehe RZ Nr. 232, 3. Oktober 1923.

385 AdR Stresemann I, Dok. 102, S. 447–452. In der Arbeitszeitfrage folgte man weitgehend dem Vorschlag von Arbeitsminister Brauns. Im Bergbau sollten acht Stunden, in der Industrie nach Möglichkeit länger als acht Stunden gearbeitet werden. Ebd. S. 451.

mung zu bewegen.³⁸⁶ In der Kabinettsitzung am frühen Abend wurde noch nach einem Ausweg gesucht. Ein Kompromissvorschlag sah vor, die sozialpolitischen Fragen im Allgemeinen durch das Ermächtigungsgesetz, die Arbeitszeitfrage aber durch ein eigenes Gesetz zu regeln. Die sozialdemokratischen Minister wollten sich für eine derartige Regelung in ihrer Fraktion einsetzen. Eine Anfrage Sollmanns, ob mit dem Arbeitszeitgesetz zugleich eine stärkere Besteuerung des Besitzes verbunden werden könne, wurde von Geßler bejaht.³⁸⁷

Aber die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war weiterhin gegen die Aufnahme sozialpolitischer Belange in das Ermächtigungsgesetz.³⁸⁸ Sollmann gehörte zu der Minderheit, die bereit war, »bis zur äußersten Grenze entgegenzukommen«³⁸⁹. Dies war für ihn das Ergebnis ganz praktischer Erwägungen. In der prekären Lage des Reichs durfte man seiner Ansicht nach eine Reichstagsauflösung und eine Neubildung der Regierung nicht riskieren. Denn würde sich eine Rechtsregierung oder, was einkalkuliert werden musste, eine Rechtsdiktatur ergeben, so würden in der Arbeitszeitfrage Ergebnisse zustande kommen, die über die zur Disposition stehenden Regelungen weit hinausgingen. Ihm war bewusst, dass seine Haltung bei der Arbeiterschaft unpopulär war. Aber in der gegebenen Situation ging es für ihn in erster Linie darum, dass die Regierung entschlossen die notwendigen Schritte zur Rettung Deutschlands ergreife und von den dazu notwendigen Mitteln Gebrauch mache.³⁹⁰ Es war eine der Situationen, in der die SPD nach Sollmanns Ansicht staatspolitische Verantwortung zeigen und bereit sein müsse, auch unpopuläre Entscheidungen mitzutragen. Ein Rückzug aus der Regierung wegen der Arbeitszeitfrage fand sicherlich die Zustimmung der Basis, aber Sollmann fragte sich, was damit politisch gewonnen sei. Aus seiner Sicht würde alles nur noch schlimmer, zumal völlig unklar war, was danach passieren würde.³⁹¹ Aber die Mehrheit der Fraktion hatte wie schon häufiger zuvor andere politische Auffassungen. Für ihre Entscheidung gab es gute Gründe, schließlich war die Arbeitszeitverlängerung in der Partei ein äußerst sensibles Thema und es war kaum zu verkennen, dass vor allem die Schwerindustrie bestrebt war, den in der Revolution errungenen Achtstundentag zu beseitigen und die Vorkriegsverhält-

386 Auch die Rheinische Zeitung lehnte das Gesetz ab und dies nicht nur wegen der sozialpolitischen Regelungen, sondern grundsätzlich. RZ Nr. 232, 3. Oktober 1923. Damit stellte sie sich gegen Sollmann, der nicht nur das Ermächtigungsgesetz für notwendig hielt, sondern auch in der Arbeitszeitfrage zu Kompromissen bereit war.

387 AdR Stresemann I, Dok. 105, S. 455–459.

388 In der Abstimmung sprach man sich mit 61 gegen 54 Stimmen dagegen aus. Gegen die vorgeschlagene Regelung sprachen sich namentlich Hermann Müller und Paul Löbe aus. Ebenso stellte sich der ADGB dagegen. Siehe dazu AdR Stresemann I, Dok. 106, S. 459–462; AsD, Nl. Giebel II/3, Bl. 246; Frankfurter Zeitung Nr. 735, 4. Oktober 1923.

389 RZ Nr. 244, 17. Oktober 1923.

390 Ebd. Aus diesem Grunde war Sollmann auch für das Ermächtigungsgesetz.

391 Diese Haltung vertrat auch der preußische Ministerpräsident Braun. Schulze: Braun, S. 436

nisse wiederherzustellen.³⁹² Zudem ist es auch diskutabel, ob die SPD als mit Abstand stärkste Fraktion dem Erpressungsversuch der DVP hätte nachgeben und sich somit ganz deren Willen unterwerfen sollen. Die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion gegen den von ihren Ministern befürworteten Kurs ist daher nachvollziehbar, auch wenn Sollmann sie aus staatspolitischer Sicht für einen Fehler hielt.³⁹³

Das Ende der ersten Regierung Stresemann wurde auf der spätabendlichen Kabinettssitzung am 3. Oktober vollzogen.³⁹⁴ Der Bruch der Großen Koalition wurde in der Sozialdemokratie als Sieg des rechten Flügels der DVP und der Deutschnationalen gesehen.³⁹⁵ Aber eine Rechtsregierung, die das Ziel der von der DVP initiierten Regierungskrise gewesen war, kam nicht zustande. Dies war unter anderem dem Reichspräsidenten zu verdanken, der Stresemann umgehend nach dessen Rücktritt mit der Regierungsbildung beauftragte. Die DNVP lehnte eine weitere Kanzlerschaft Stresemanns ab, weshalb eine Rechtskoalition unmöglich wurde. Vor dieser Entscheidung hatte Stresemann geplant, ein überparteiliches Kabinett der Persönlichkeiten zu bilden. Um die Unterstützung der Sozialdemokratie für diese Lösung zu gewinnen, wollte er Sollmann als Innenminister im Amt belassen. Dieser lehnte dieses Ansinnen jedoch nach Rücksprache mit dem Parteivorstand ab.³⁹⁶ Ohne die Sozialdemokratie war Stresemann auf die Zusammenarbeit mit der DNVP angewiesen, deren strikte Weigerung, ein Kabinett unter der Führung Stresemanns zu unterstützen, aber alle bisherigen Sondierungen aussichtslos machte. Stresemann rückte daher von seinem Plan ab und bemühte sich um die Erneuerung der Großen Koalition, worauf Zentrum und DDP schon zuvor gedrängt hatten. Auch in der Sozialdemokratie und der DVP reifte die Einsicht, dass es zur Großen Koalition keine Alternative gab.³⁹⁷ Möglich wurde die Wiederbelebung des alten Regierungsbündnisses durch einen Kompromiss in der Arbeitszeitfrage.³⁹⁸ Begründet wurde die Zustimmung zu diesem Kompromiss mit der wirtschaftlichen Zwangslage und dem drohenden Scheitern der Regierungs-

392 Siehe zur Haltung der Schwerindustrie Weisbrod: *Schwerindustrie*, S. 301–306. Grundsätzlich zu diesem Aspekt Feldman/Steinisch: *Entscheidung gegen den Achtstundentag*.

393 Zur Interpretation der Ursachen des Bruchs der Koalition siehe Raithel: *Das schwierige Spiel*, S. 283–287, der anders als Winkler: *Revolution*, S. 635, die Entscheidung der Fraktion nicht als staatspolitischen Fehler sieht.

394 Stresemann: *Vermächtnis I*, S. 143. Zur letzten Kabinettssitzung siehe AdR Stresemann I, Dok. 106, S. 459–462.

395 *Vorwärts* Nr. 463, 4. Oktober 1923; RZ Nr. 233, 4. Oktober 1923; Nr. 234, 5. Oktober 1923.

396 *Vossische Zeitung* Nr. 471, 5. Oktober 1923. Vgl. auch RZ Nr. 234, 5. Oktober 1923.

397 Zu den Hintergründen siehe Arns: *Regierungsbildung*, S. 166–169; Mühlhausen: *Ebert*, S. 633–636.

398 Diese sollte durch ein eigenes Gesetz geregelt werden, das die grundsätzliche Beibehaltung des Achtstundentags festschreiben, dabei jedoch die Möglichkeit der tariflichen und gesetzlichen Überschreitung der bestehenden Arbeitszeit geben sollte. Damit war zwar formal der Achtstundentag von der Sozialdemokratie gerettet worden, aber faktisch wurde er zumindest vorübergehend ausgehoben. Winkler: *Revolution*, S. 637. Zu der Absprache über die gesetzliche Regelung siehe AdR Stresemann I, Dok. 113, S. 484.

bildung, was für die Arbeiter noch schlimmere Konsequenzen gehabt hätte.³⁹⁹ Aus den genannten Gründen hatten sich Sollmann und die anderen sozialdemokratischen Minister aber bereits vor dem Scheitern der ersten Großen Koalition für einen Kompromiss eingesetzt, was die Fraktion und der Parteivorstand aber nicht gebilligt hatten. Wenn sie sich jetzt auch auf diesen Standpunkt stellten, dann mussten sie sich fragen lassen, warum sie nicht wenige Tage vorher zu dieser Einsicht gekommen waren und lieber den Sturz der Regierung riskiert hatten.

Die Sozialdemokratie verfügte im neuen Kabinett, dessen Gewicht sich nach rechts verschob, nur noch über drei Ministerien. Neben Sollmann, der weiterhin das Innenministerium besetzte, blieben Radbruch und Schmidt auf ihren Posten.⁴⁰⁰ Aufgrund der Vorgeschichte ging das zweite Kabinett Stresemann geschwächt an die schwierigen Aufgaben. Teil der Absprachen über die Kabinettsbildung war die Einigung auf ein Ermächtigungsgesetz, das am 13. Oktober vom Reichstag verabschiedet wurde. Dieses gab der Regierung Vollmachten für Maßnahmen im wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Bereich, wobei die Arbeitszeit und weitere sozialpolitische Belange ausgenommen waren.⁴⁰¹ Die Zustimmung des Reichstags war vor der Abstimmung nicht sicher, weil in der SPD und DVP erneut Abgeordnete mit Verweigerung drohten.⁴⁰² Sollmann sprach sich im Reichstag vehement für die Ermächtigung aus. Aus seiner Sicht waren die außerordentlichen Vollmachten notwendig, um durch zweifellos unpopuläre Maßnahmen Deutschland vor dem Abgrund zu bewahren. Eine starke Hand, die ohne langwierige Verhandlungen die notwendigen Maßnahmen einleiten könne, war für ihn in der gegebenen Situation des Reichs lebensnotwendig.⁴⁰³ Allerdings ist das Gesetz auch Ausdruck des geringen Vertrauens in das Parlament und dessen Fähigkeit zur Krisenbewältigung. Man versuchte erst gar nicht, die Probleme mit Unterstützung des Parlaments auf regulärem Weg der Gesetzgebung zu lösen. Zudem gab das Ermächtigungsgesetz der Regierung ohne Spezifizierung der Ziele die

399 So Hermann Müller gegen über der Reichstagfraktion. AsD, Nl. Giebel II/3, Bl. 254.

400 Siehe dazu Arns: Regierungsbildung, S. 169; Mühlhausen: Ebert, S. 636. Stresemann stellte die neue Regierung am 6. Oktober im Reichstag vor. Protokolle Reichstag, Bd. 361, S. 11933–11943.

401 Zur Beratung des Gesetzes siehe die Kabinettsitzung vom 6. Oktober. AdR Stresemann II, Dok. 115, S. 489–492. Vgl. auch Sollmann: Die Ermächtigung, RZ Nr. 242, 15. Oktober 1923.

402 Vgl. RZ Nr. 240, 12. Oktober.

403 Protokolle Reichstag, Bd. 361, 9. Oktober 1923, S. 12061; Sollmann: Die Ermächtigung. RZ Nr. 242, 15. Oktober 1923. In diesem Sinne sprach sich auch der Parteivorstand durch Hermann Müller aus. Protokolle Reichstag, Bd. 361, 9. Oktober 1923, S. 12043–12047. Das Gesetz war auf fünfzehn Monate befristet und trat außer Kraft, wenn eine der Regierungsparteien aus der Koalition austrat oder die Regierung zurücktrat. Darin sah Sollmann die Begründung dafür, dass es weiterhin eine parlamentarische Kontrolle der Regierung gab, weil es den Fraktionen freistehe, durch Aufkündigung der Koalition das Ermächtigungsgesetz zu Fall zu bringen: »Nicht als Diktatoren, sondern als Beauftragte des demokratischen Parlaments, als sein Vollzugsausschuß und unter seiner Kontrolle, übt die Reichsregierung ihre großen Vollmachten aus.« Sollmann. Die Ermächtigung, in: RZ Nr. 242, 15. Oktober 1923.

Möglichkeit, innenpolitisch quasi diktatorisch zu agieren.⁴⁰⁴ Eine derartig pauschale Ermächtigung war durchaus problematisch und in der SPD keineswegs unumstritten. Bei der Abstimmung kam zwar die erforderliche Mehrheit zustande, allerdings hatte die SPD für die Abstimmung auch den Fraktionszwang erklärt.⁴⁰⁵

Auf Grundlage des Gesetzes begann die Regierung, Maßnahmen zur Lösung der drängenden Probleme zu treffen. Zunächst wurde mit der Schaffung der Rentenmark am 15. Oktober die Grundlage zur Stabilisierung der Währung geschaffen. Damit war das Finanzproblem des Reichs aber noch nicht gelöst. Im engen Zusammenhang damit stand die Frage nach der Zukunft der besetzten Gebiete, deren Lage nach Abbruch des passiven Widerstands äußerst prekär war. Eine weitere finanzielle Unterstützung durch das Reich kam nicht in Frage, wenn die Währungsstabilisierung gelingen sollte. Da Frankreich immer noch beabsichtigte, die besetzten Gebiete vom Reich zu trennen und sie in ein Abhängigkeitsverhältnis zu sich zu bringen, weigerte sich Ministerpräsident Poincaré, mit Deutschland in Verhandlungen über die beschlagnahmten Güter zu treten.⁴⁰⁶ Unter diesen Umständen konnte sich auch die Wirtschaft im besetzten Gebiet nicht erholen.

Über die Frage, welche Strategie man angesichts dieser Rahmenbedingungen verfolgen sollte, kam es im Kabinett zum Konflikt. Diskutiert wurde wegen der aussichtslosen Lage die Einstellung der Zahlungen an Rhein und Ruhr, was die Gefahr einer Abtrennung der besetzten Gebiete vom Reich in sich barg. Diese so genannte »Versackungspolitik«, die auf eine Preisgabe des Rheinlands hinauslief, stieß insbesondere bei den Vertretern des Rheinlands auf erheblichen Widerstand. Die unterschiedlichen Meinungen prallten in der Kabinettsitzung am 20. Oktober aufeinander. Finanzminister Luther drängte darauf, sämtliche Zahlungen an das besetzte Gebiet außer der Erwerbslosenfürsorge einzustellen. Sollmann widersprach dieser Ansicht vehement, da dies »der Aufkündigung des Rheinlandes von Berlin aus« gleichkomme. Wegen der Meinungsverschiedenheiten vertagte man eine Entscheidung in dieser Frage.⁴⁰⁷ Sollmann war weiterhin der Ansicht, die er bereits 1919 vertreten hatte. Die Bildung eines Bundesstaats im Westen oder gar die Trennung vom Reich lehnte er kategorisch ab.⁴⁰⁸

404 Zur Kritik am Ermächtigungsgesetz siehe Raithel: Das schwierige Spiel, S. 288–295.

405 Ebd., S. 12152–12154. Tatsächlich war die innerparteiliche Opposition aber größer, als es das Abstimmungsergebnis widerspiegelt. 31 Abgeordnete der SPD unterzeichneten eine Erklärung, dass sie nur unter Zwang zugestimmt hätten. Winkler: Revolution, S. 639. Die Erklärung ist abgedruckt in: Vorwärts Nr. 481, 14. Oktober 1923. Auch in Köln stießen sowohl das Ermächtigungsgesetz als auch die Große Koalition auf Kritik. RZ Nr. 244, 17. Oktober 1923; RZ Nr. 245, 18. Oktober 1923.

406 Zur Haltung Frankreichs siehe Bariéty: Relations, S. 221–246.

407 AdR Stresemann II, Dok. 156, S. 662–673. Das Zitat auf S. 670.

408 Vgl. dazu Kapitel IV.1. Dies war im Grunde auch die Haltung der Sozialdemokratie. Siehe Winkler: Revolution, S. 642 f. Allerdings unterstützte der preußische Ministerpräsident Braun die Meinung Luthers. AdR Stresemann II, Dok. 156, S. 671. Vgl. auch Schulze: Braun, S. 438 f.

Aber es setzte sich in der Regierung zunehmend die Ansicht durch, die Verantwortung für Rhein und Ruhr allein den Besatzungsmächten zu überlassen. Für den 25. Oktober war eine Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete in Hagen angesetzt, an der von Seiten der Regierung neben Stresemann noch Sollmann und Fuchs teilnahmen. Dort präsentierte Konrad Adenauer den Vorschlag, durch Verhandlungen zur Gründung eines westdeutschen Staatsgebildes zu gelangen, das von Preußen und eventuell auch vom Reich vorübergehend gelöst werden müsse. Der DVP-Reichstagsabgeordnete Moldenhauer schlug vor, die Zahlungen in das besetzte Gebiet einzustellen, aber keine Verhandlungen über eine staatsrechtliche Trennung einzugehen, sondern das Problem der Versorgung der Bevölkerung den Besatzungsmächten zu überlassen.⁴⁰⁹ Weder die eine noch die andere Lösung war für Sollmann und die rheinische Sozialdemokratie akzeptabel. Sollmann hatte zu Beginn der Veranstaltung in einer pathetischen Rede zu Einigkeit in der Stunde der Not aufgerufen und versichert, die Regierung werde alles ihr Mögliche tun, um der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu helfen. Aber nur wenn alle sich in den Dienst des Gemeinwohls stellten, könnten die Herausforderungen gemeistert werden.⁴¹⁰ Jean Meerfeld forderte für die SPD Verhandlungen mit Frankreich über die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens. Falls Frankreich dies weiterhin ablehne, solle die Regierung die Vertreter des besetzten Gebiets ermächtigen, mit Frankreich und Belgien unmittelbar zu verhandeln.⁴¹¹ Zwar gestand auch Meerfeld ein, dass man bald möglicherweise eine andere Taktik verfolgen müsse, aber für den Moment solle alles getan werden, um das Rheinland zu retten. In diesem Sinne wirkte auch Sollmann weiter und stellte sich im Kabinett gegen eine Preisgabe des Rheinlands.⁴¹²

Für Sollmann war wohl leitend, dass wegen der Auflehnung Bayerns gegen das Reich, der separatistischen Bestrebungen im Osten des Reichs und der Krisenherde Sachsen und Thüringen eine Abspaltung des Rheinlands eine Kettenreaktion auslösen würde, in deren Folge die Einheit Deutschlands akut gefährdet wäre. Zudem konnte in seiner Sicht schon aus prinzipiellen Gründen der Bevölkerung eines Landesteils die Unterstützung nicht versagt werden.⁴¹³ Mit ihrer in Hagen präsentierten Strategie

409 AdR Stresemann II, Dok. 179, S. 766 f. Darüber hatten die Vertreter der besetzten Gebiete auf einer Konferenz in Barmen am 24. Oktober 1923 debattiert. Siehe dazu Erdmann: Adenauer, S. 88–94.

410 BA-B, R 43 I/216, Bl. 13–18.

411 AdR Stresemann II, Dok. 179, S. 803 f.

412 Über Sondierungen in Berlin berichtet ein Mitglied des rheinischen Provinziallandtags: »Nicht zu verkennen war eine starke Einwirkung des Ministers Sollmann, der immer wieder betonte, es sei noch nichts verloren und er sei seiner Leute sicher.« HASTK 902/253/4. Auf der Kabinettsitzung am 2. November forderte er »alle Verhandlungsmöglichkeiten mit Frankreich auszuschöpfen und alle Wirtschaftsmaßnahmen zu treffen, um uns das Rheinland zu erhalten«. AdR Stresemann II, Dok 215, S. 948 f.

413 Sollmann hatte in der Kabinettsitzung am 20. Oktober den Vorschlag von Finanzminister Luther u. a. mit der Begründung abgelehnt, »solange das Rheinland zum Deutschen Reich gehöre, habe

wollten die Vertreter der rheinischen Sozialdemokratie eine Alternative zur Trennung des Rheinlands und zur Versackungspolitik aufzeigen. Erfolg hatte man damit jedoch nicht, weil es dafür weder bei den bürgerlichen Parteien noch bei der Führung der preußischen Sozialdemokratie Unterstützung gab.⁴¹⁴ Auf die weitere Entwicklung in dieser Frage hatte Sollmann daher wenig Einfluss. Dies lag neben den unterschiedlichen Konzeptionen vor allem daran, dass nur eine gute Woche nach der Konferenz von Hagen die Sozialdemokratie aus dem Kabinett Stresemann ausschied.

Ursache dafür war die Frage, wie die Regierung gegenüber zwei anderen Brandherden im Reich, Bayern und Sachsen, vorgehen sollte. Parallel zu den Verhandlungen über die besetzten Gebiete hatte sich die Krise zwischen der Reichsregierung und den beiden Landesregierungen zugespitzt. Mit Sachsen schwelte der Konflikt schon längere Zeit und verschärfte sich seit dem Amtsantritt des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Erich Zeigner im März 1923, der einer von den Kommunisten tolerierten Minderheitsregierung vorstand, zunehmend. Zeigner provozierte die Berliner Zentrale immer wieder durch scharfe Kritik an der Reichswehr und an der Politik der Reichsregierung. Zudem begann er mit dem Aufbau von Milizverbänden, so genannten proletarischen Hundertschaften, die sich aus Mitgliedern von SPD und KPD zusammensetzten und der Abwehr gegen rechtsradikale Putschversuche dienen sollten.⁴¹⁵

Nach dem Antritt der Großen Koalition kam es durch Bemühungen Stresemanns zu einer scheinbaren Entspannung des Verhältnisses.⁴¹⁶ Aber dies erwies sich schnell als Trugschluss. Insbesondere Reichswehrminister Geßler sah keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Sachsen. Sollmann stellte zwar eine gewisse Entspannung fest, wies aber darauf hin, die Vorgänge in Sachsen müssten »mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgt werden«. Er ersuchte die sächsische Regierung dringend, »nichts unversucht zu lassen, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Sachsen aufrecht zu erhalten«⁴¹⁷. Der sächsische Ministerpräsident sorgte aber immer wieder für Verärgerung in Berlin. Zwar gab er intern zu verstehen, ebenfalls an einer Verständigung interessiert zu sein, provozierte aber öffentlich durch scharfe Kritik an Geßler und der

die Bevölkerung gleichen Anspruch an die Reichsregierung wie die jedes anderen Gebiets des Reiches«. AdR Stresemann II, Dok. 156, S. 670. Diesen Standpunkt vertrat auch der preußische Ministerpräsident Braun, der am 5. Dezember vor dem Landtag ausführte, die preußische Regierung werde »auf die gleichmäßige Behandlung der Bevölkerung der Bevölkerung in den besetzten und unbesetzten Teilen des Staates auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet hinwirken«. Protokolle Preußischer Landtag, 5. Dezember 1923, Sp. 20018.

414 Winkler: *Revolution*, S. 643.

415 Zu den Entwicklungen in Sachsen siehe Klenke: *SPD-Linke*, S. 366; Mühlhausen: *Ebert*, S. 641–644.

416 Zwei Besprechungen mit Zeigner am 17. und 22. August vermittelten den Eindruck, als ob eine Verständigung möglich wäre. Beim Treffen am 17. August war auch Sollmann anwesend. AdR Stresemann I, Dok. 7, S. 17; Dok. 130 f.

417 Zu den Beschwerden Geßlers siehe seinen Brief an Stresemann vom 22. August. AdR Stresemann I, Dok. 17. Zu Sollmanns Einschätzung siehe ebd. Dok. 75, S. 333, Anm. 2.

Reichswehr neuen Ärger und sparte auch nicht mit Vorwürfen gegen die sozialdemokratischen Minister, weil diese gegenüber der Gefahr von rechts untätig blieben.⁴¹⁸

Auf diese Weise schwelte der Konflikt einige Zeit vor sich hin, ohne dass es zur offenen Konfrontation kam. Dies war auch durch die unterschiedlichen Meinungen begründet, die im Kabinett über den Umgang mit Sachsen herrschten. Wollte Reichswehrminister Geßler möglichst schnell gegen Sachsen vorgehen, setzten die Sozialdemokraten auf weitere Verhandlungen mit Zeigner und lehnten ein Eingreifen ab. Sollmann selbst versuchte diesen mehrmals zu einem Einlenken zu bewegen.⁴¹⁹ Als Geßler nach der Neukonstituierung der Regierung am 6. Oktober vom Kabinett die Zusage für schärfere Maßnahmen gegen Sachsen haben wollte, kam dies für die sozialdemokratischen Minister nicht in Frage, weil sie ein Einschreiten rechtlich und politisch für ausgeschlossen hielten. Politisch hatten sie größte Bedenken in Sachsen einzuschreiten, während man dies in Bayern vermied. Sollmann schlug stattdessen vor, sein Partei- und Ministerkollege Robert Schmidt solle einen Verständigungsversuch in Dresden unternehmen.⁴²⁰ Geßler gab sich aber nicht zufrieden und brachte noch am gleichen Tag im Kabinett vor, die Absetzung der sächsischen Reichsregierung und die Einsetzung eines Reichskommissars vorzubereiten. Stresemann wollte der Entwicklung nicht vorgreifen, aber mögliche Maßnahmen geprüft sehen. Sollmann plädierte ebenfalls dafür zu warten, da er in Gesprächen mit sächsischen Reichstagsabgeordneten gehört habe, Zeigner sei aus seiner Partei Mäßigung nahegelegt worden und die Stellung des Ministerpräsidenten sei erschüttert. Er kündigte zudem an, am Abend noch mit dem sächsischen Gesandten Georg Gradnauer darüber zu reden.⁴²¹

Aber die von Sollmann angedeutete Möglichkeit zu einer Verständigung erfüllte sich erneut nicht; ganz im Gegenteil ging der Konflikt seinem Höhepunkt entgegen. Am 10. Oktober gab Zeigner die Aufnahme der KPD in die Regierung bekannt. Sollmann wird darüber wahrscheinlich ebenso besorgt gewesen sein, wie die bürgerlichen Kabinettsmitglieder. Vor Bündnissen mit den Kommunisten hatte er immer gewarnt und sie für sich persönlich kategorisch ausgeschlossen.⁴²² Die Reichswehr reagierte

418 So urteilt Zeigner in einer Rede in Dresden am 7. September. Eine Mitschrift der Rede findet sich BA-B, R 43 I/2309, Bl. 42–44.

419 Stresemann hatte am 6. September bei Sollmann angefragt, ob das Reich in Sachsen zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung eingreifen solle und in welcher Form dies gegebenenfalls möglich sei. Sollmann hatte darauf geantwortet, dies sei nur in Form der Reichsexekution nach Artikel 48 möglich, wofür derzeit aber nicht die Voraussetzungen gegeben seien. BA-B, R 43 I/2308, Bl. 272. Zu Sollmanns Einwirken auf Zeigner vgl. AdR Stresemann I, Dok. 75, S. 333; Stresemann: Vermächtnis, S. 117.

420 Ursache für Geßlers Vorgehen war eine anstehende Sitzung im sächsischen Landtag, auf der u. a. die Stellung Geßlers als Reichswehrminister diskutiert werden sollte. AdR Stresemann II, Dok. 115, S. 491 f.

421 AdR Stresemann II, Dok. 117, S. 495–498.

422 Er versuchte Zeigner dazu zu bringen, die Ernennung des Kommunisten Brandler zum Staatssekretär rückgängig zu machen, indem er ihm Material über diesen schickte, das ihm aber

auf die Bildung der neuen Regierung mit dem Verbot der proletarischen Hundertschaften am 13. Oktober durch General Müller, der auf Grundlage des Ausnahmezustands von Geßler am 27. September zum Inhaber der vollziehenden Gewalt in Sachsen ernannt worden war. Wenige Tage später wurde auch die sächsische Polizei unter die Befehlsgewalt der Reichswehr gestellt⁴²³

Für Sollmann und seine Ministerkollegen ergab sich daraus eine problematische Situation. Man war Teil einer Regierung, die gegenüber dem sozialdemokratisch geführten Sachsen mit harter Hand vorgeing, gegenüber Bayern aber tatenlos blieb. Zudem hatte sich die Regierung in Sachsen, anders als diejenige in Bayern, noch keine Verstöße gegen Reichsrecht zu Schulden kommen lassen. Dieses Vorgehen war der eigenen Wählerschaft kaum zu vermitteln. Sollmann war sich dessen durchaus bewusst und drängte fortan im Kabinett auf eine Gleichbehandlung Bayerns und Sachsens.⁴²⁴

Der Reichspräsident hatte sich dazu entschlossen, gegenüber Sachsen keine Toleranz mehr zu zeigen und die Kommunisten aus der Regierung zu verdrängen, weil er in ihnen eine Bedrohung der Reichsregierung erblickte. Darin war er sich mit Stresemann einig. Hintergrund war die nicht unberechtigte Befürchtung einer kommunistischen Revolte, die von Sachsen aus auf das Reich übergriff.⁴²⁵ In der grundsätzlichen Einschätzung der Kommunisten gab es zwischen Sollmann und Ebert keinen Unterschied, sie lehnten eine Zusammenarbeit ab. Aber in der Frage der Behandlung Sachsens hatten sie abweichende Vorstellungen. Für Sollmann war nicht akzeptabel, dass für Sachsen gelten sollte, was für Bayern nicht galt. Aber noch waren er und seine sozialdemokratischen Kabinettskollegen nicht soweit, darüber die Regierung stürzen zu lassen. Als am 22. Oktober die Reichswehr in Sachsen mit Billigung Eberts einmarschierte, protestierten sie auf Drängen Eberts nicht.⁴²⁶

Gleichzeitig zu den Vorgängen in Sachsen spitzte sich nun aber auch in Bayern die Lage zu. Am 19. Oktober weigerte sich General Otto von Lossow, Kommandeur der Reichswehrtruppen in Bayern, den Völkischen Beobachter gemäß der Anweisung von

ohne jeden Kommentar zurückgeschickt wurde. Zeigner an Sollmann vom 17. Oktober 1923, HASTK 1120/546/II-18-28. Was die Kommunisten von Sollmann hielten, brachte der KPD-Abgeordnete Fröhlich im Reichstag zum Ausdruck: »Die Regierung Stresemann-Sollmann, in deren Hände die großen verfassungswidrigen Vollmachten gelegt werden, kann weder den wirtschaftlichen Verfall Deutschlands noch die Auflösung des Reichs aufhalten. [...] Die Regierung Stresemann-Sollmann hat in der Führung der Außenpolitik bereits an die Schwerindustrie abgedankt. Sie sieht tatenlos zu, ja sie fördert praktisch die Loslösung des Rheinlandes [...].« Protokolle Reichstags, Bd. 361, 13. Oktober 1923, S. 12149 f.

423 Angress: Kampfzeit, S. 467–470.

424 Vgl. AdR Stresemann II, Dok. 144, S. 612–614.

425 Zu den Hintergründen siehe Mühlhausen: Ebert, S. 655 f.

426 So der Bericht Sollmanns in einem Brief an Walther Victor vom 8. Februar 1943. Victor: Kehre wieder, S. 163. Der Einmarsch erfolgte ohne Kabinettsbeschluss. Stresemann hatte lediglich am 19. Oktober mitgeteilt, wegen Berichten über mögliche Einwirkungen rechtsradikaler Kreise auf Thüringen und Sachsen und um die Rechtssicherheit in beiden Ländern wieder herzustellen würden dort Reichswehrtruppen zusammengezogen.

Reichswehrminister Geßler zu verbieten. Daraufhin beschloss die Reichsregierung Lossow seines Amtes zu entheben, gab aber Geßler noch einen Tag Zeit für Vermittlungen. Daran dachte man in Bayern aber nicht. Die bayerische Staatsregierung verkündete am 20. Oktober, die Reichswehr in Bayern stehe unter General von Lossow als Landeskommandanten bis es wieder zu einem Einvernehmen mit der Reichsregierung komme.⁴²⁷

Sollmann erkannte darin zu Recht eine seit Wochen vorbereitete Aktion. In einem Interview stellte er fest, die Darstellung des Generalstaatskommissars Gustav Ritter von Kahr, der Bruch sei allein durch den Fall Lossow hervorgerufen, sei falsch. Seit Monaten sei die bayerische Bevölkerung durch die bayerische Presse in Formen, die bestimmte Richtlinien klar erkenntlich gemacht hätten, gegen die Reichsregierung bearbeitet worden. Es sei bewusst der Eindruck erweckt worden, die Reichsregierung stehe unter marxistischem Einfluss und die Sozialdemokraten trieben die Regierung zum Bruch. Man habe Bayern keinerlei Anlass zum Bruch gegeben. In der Taktik gegenüber Bayern seien das Reichskabinett, der Reichspräsident und der Chef der Heeresleitung immer einig gewesen.⁴²⁸

Von Einigkeit im Kabinett konnte nun aber vor allem in Bezug auf Sachsen keine Rede mehr sein. Am 27. Oktober legte Geßler seinen Ministerkollegen einen Brief vor, in welchem die Absetzung der sächsischen Regierung und die Einsetzung eines zivilen Staatskommissars angekündigt werden.⁴²⁹ Während Justizminister Radbruch die verfassungsrechtliche Möglichkeit zur Absetzung einer Landesregierung nach Artikel 48 bestritt, stimmte Sollmann einer Berufung auf den Artikel 48 zu, regte aber an, der Reichspräsident solle die Initiative auf der Grundlage des ersten Absatzes des Artikels ergreifen.⁴³⁰ Dies war wohl ein taktisches Manöver, das dem Kabinett diese vor allem für die SPD äußerst problematische Entscheidung ersparen und Ebert in die Pflicht nehmen sollte.⁴³¹ Stresemann stellte sich aber auf den Standpunkt Geßlers, der selbst die Dinge in die Hand nehmen wollte, und erklärte, er könne die sächsische Regierung nicht als verfassungsmäßig anerkennen. Der Vorschlag von Schmidt, in Sachsen die gleiche Taktik wie in Bayern anzuwenden, also Androhung von Sanktionen bei gleichzeitigen Verhandlungen, fand keine Zustimmung der bürgerlichen Minister. Sollmann gab zu bedenken, dass die Koalition durch das geplante einseitige

427 AdR Stresemann II, Dok. 151, S. 638; Dok. 157, S. 175, 673 f.

428 Interview Sollmanns mit einer Schweizer Nachrichten-Agentur. Abgedruckt in RZ Nr. 249, 23. Oktober 1923.

429 AdR Stresemann II, Dok. 186, S. 854. Anlass für Geßlers Initiative waren Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Reichswehr sowie ein Streik der sächsischen Bergarbeiter. Ebd., Anm. 5.

430 Ebd. Der Absatz 1 des Artikels 48 besagte, dass der Reichspräsident mithilfe der Reichswehr ein Land zur Erfüllung seiner Pflichten anhalten konnte. Wie dies im konkreten Falle vor sich gehen sollte, war nicht geregelt.

431 So auch Mühlhausen: Ebert, S. 659.

Vorgehen gefährdet sei, da die Arbeiterschaft dies missverstehen könne und die Abgeordneten seiner Partei dies nicht billigen würden. Durch derartige Aktionen treibe man die Sozialdemokraten den Kommunisten zu, obwohl man doch im Moment genau das verhindern wolle. Die bürgerlichen Kabinettsmitglieder sahen jedoch in der kommunistischen Bedrohung das zentrale Problem, dessen Lösung nicht nur positive Wirkung auf Bayern habe, sondern auch das Vertrauen in die Reichsregierung in den bürgerlichen Kreisen stärken werde.⁴³²

Die sozialdemokratischen Minister hielten aber die Ablösung einer verfassungsmäßig gebildeten Landesregierung für nicht tragbar. Erst wenn der Versuch, Zeigner zu einem freiwilligen Rücktritt zu bewegen, scheitere, wolle man dem Kabinettt die erforderlichen Maßnahmen überlassen.⁴³³ Dies war keine Absage an die Reichsexekution, sondern der letzte Versuch der sozialdemokratischen Minister, jene durch Verhandlungen überflüssig zu machen und damit das Gesicht zu wahren. Auch vom Reichspräsidenten ging ein Vermittlungsvorschlag ein, der durch eine Rücktrittsforderung an Zeigner mit kurzer Befristung bei gleichzeitiger Vorbereitung eventuell notwendiger Maßnahmen Raum für Verhandlungen ließ. Trotz Bedenken wegen der Verzögerung ließen sich die bürgerlichen Minister auf diesen Vorschlag ein.⁴³⁴

Der Brief Stresemanns an Zeigner vom 27. Oktober war im Ton äußerst scharf und setzte dem Ministerpräsidenten ein Ultimatum bis zum folgenden Tag.⁴³⁵ Der SPD-Führung blieb daher kaum Zeit, um Zeigner noch zum Einlenken zu bewegen. Noch am Abend des 27. Oktober begaben sich je zwei Reichsminister und Vertreter des Parteivorstands sowie der sächsische Gesandte Gradnauer nach Dresden, um dort auf den Landesverband und den Ministerpräsidenten einzuwirken.⁴³⁶ Zeigner war tatsächlich zum Einlenken bereit, wurde aber überstimmt. Er lehnte daher das Ultimatum ab, wies aber Stresemann darauf hin, im Landtag die Vertrauensfrage zu stellen.⁴³⁷

Am gleichen Tag, als durch Zeigners Antwort die Dinge ins Rollen kamen, rechtefertigte Sollmann in der Rheinischen Zeitung das Verhalten der Regierung und insbesondere der sozialdemokratischen Minister. Er führte aus, obwohl deutlich sei, dass

432 AdR Stresemann II, Dok. 186, S. 854–856.

433 Ebd., S. 858.

434 Anschließend beriet man noch über die Fassung des Ultimatus an Zeigner sowie eine Pressemitteilung. Bei der Formulierung überließ man Stresemann freie Hand. Ebd. S. 858 f.

435 Ein Entwurf des Briefs ist abgedruckt in AdR Stresemann II, Dok. 188, S. 860. Zeigner selbst erhielt den Brief erst am 28. Oktober, sodass er noch am gleichen Tag entscheiden musste. Siehe Zeigner an Reichspräsident vom 29. Oktober 1923, BA-B, R 43 I/2309, Bl. 243.

436 Es gibt abweichende Angaben darüber, welche Personen sich nach Dresden begaben. Eine Auflistung der in Frage kommenden Personen findet sich bei Mühlhausen: Ebert, S. 661, Anm. 301. Bisweilen wird auch Sollmann als Teil der Delegation genannt. Dies kann aber ausgeschlossen werden, da Sollmann sich am 28. Oktober in Köln zu Beratungen aufhielt. RZ Nr. 254, 29. Oktober 1923.

437 AdR Stresemann II, Dok. 191, S. 896. Zur Abstimmung in Sachsen siehe Dittmann: Erinnerungen, Bd. 2, S. 867.

die schwerbewaffnete Reaktion in Bayern weitaus gefährlicher sei als die Kommunisten in Sachsen, hätten die sozialdemokratischen Minister die entschiedene Klärung der politischen Zustände in Sachsen wie in Bayern verlangt. Man müsse die Möglichkeit klar ins Auge fassen, dass die Gegenrevolution von Bayern aus nach Norddeutschland vorgetragen werde. Eine verfassungstreue, republikanische Regierung in Sachsen sei in dieser Lage sehr hilfreich, aber die habe man nicht und dies sei eine ungeheure Gefahr für die Republik. Persönlich habe er sich immer darum bemüht, den Arbeitern klar zu machen, dass das Bündnis mit den Kommunisten, den »Bolschewiken«, Schrittmachertätigkeit für die Reaktion sei. Die kommunistischen Führer in Sachsen, denen viele Arbeiter ahnungslos folgten, stellten nicht nur die sächsischen Genossen bloß, sondern kompromittierten die ganze Sozialdemokratie. Ihnen allein sei es zu verdanken, dass der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen nicht mehr verhindert werden konnte. Nun würden die kommunistischen Führer zum Kampf gegen Reichsregierung und Reichsgewalt auffordern. Das sei das gleiche Spiel, das die Rechtsradikalen in Bayern treiben würden. Wenn die Gegenrevolution noch aufgehalten werden solle, müssten sich die sächsischen Genossen von den Kommunisten trennen. Das wisse auch Zeigner, trotz seiner allzu geringen politischen Erfahrung, die sich für ihn und die Partei ungünstig ausgewirkt habe.⁴³⁸

Diese Ausführungen waren sicher auch taktischer Natur, da er wohl nicht damit rechnete, dass Zeigner auf die Vermittlungsversuche eingehen würde.⁴³⁹ Für diesen Fall wollte er deutlich machen, dass die Regierung keine Wahl habe und schob damit die Verantwortung für das parteiintern äußerst umstrittene Vorgehen gegenüber Sachsen auf die Kommunisten und den von ihm als politisch naiv skizzierten Zeigner. Im Grunde schloss er sich auch der Argumentation der bürgerlichen Kabinettsmitglieder an, dass man erst das Problem in Sachsen lösen müsse, bevor man zu einer Regelung mit Bayern kommen könne. Aber Sollmanns Äußerungen über die Kommunisten und Zeigner legen auch nahe, dass er auch ganz persönlich der Ansicht war, dass er die Entwicklungen in Sachsen als hochproblematisch ansah.

Als es aber an die Umsetzung der Reichsexekution ging, versuchten die sozialdemokratischen Minister noch einmal zurückzurudern. Stresemann hatte am Vormittag des 29. Oktober die von Ebert unterschriebene Verordnung erhalten, die den Kanzler zur Absetzung der sächsischen Landesregierung ermächtigte.⁴⁴⁰ Nachdem

438 RZ Nr. 254, 29. Oktober 1923.

439 Seine Meinung über den sächsischen Ministerpräsidenten war noch deutlich schlechter, als es hier zum Ausdruck kam. Gegenüber Walter Victor äußerte er, beim Kabinett und Ebert habe eine große Animosität gegenüber Zeigner geherrscht, die er persönlich geteilt habe. Er habe Zeigner für »politisch taktlos und unmöglich« gehalten. Victor: Kehre wieder, S. 163. Gegenüber Felix Hirsch hat Sollmann geäußert, Zeigner sei ein »sentimentaler Psychopath«. Hirsch: Stresemann, S. 157.

440 Schon zuvor hatte Stresemann das DVP-Mitglied Heinze zum Staatskommissar ernannt. Stresemann: Vermächtnis I, S. 187. Die Verordnung war vom Innenministerium in Absprache mit dem

Stresemann auf die Nachricht von Zeigners Ablehnung einen Staatskommissar ernennen wollte, baten Sollmann und seine Parteikollegen am 28. Oktober darum, der Reichskommissar solle mit Maßnahmen warten, bis im Kabinett und möglichst auch im sächsischen Landtag die Lage erörtert worden sei. Radbruch wies zudem daraufhin, die SPD-Minister hätten nur der Absendung des Briefs, aber nicht weiteren Maßnahmen zugestimmt. Dies war ein offensichtlicher Vorwand, denn die Formulierung des Briefs ließ keinen Zweifel über die einer Ablehnung folgenden Maßnahmen, die zudem im Kabinett besprochen worden waren, wie Stresemann anmerkte.⁴⁴¹ Auf einer Parteiführerbesprechung am 29. Oktober brachte Hermann Müller seitens der SPD deutlichen Unmut über das Vorgehen in Sachsen zum Ausdruck. Die Situation sei aus Sicht seiner Partei allenfalls tragbar, wenn auch in Bayern ein Reichskommissar eingesetzt würde. Er glaubte jedoch eher daran, dass die Fraktion sich in der nächsten Sitzung zum Austritt aus der Regierung entschließen werde.⁴⁴²

Auf der folgenden Kabinettsitzung kritisierte Sollmann den Kanzler, weil dieser vor Ernennung des Kommissars keine Rücksprache mit dem Kabinett gehalten habe. Die Wahl Heinzes als Mitglied der DVP sei verfehlt. Weitere Maßnahmen seien dringend zu unterlassen, bis man weitere Verständigungsversuche unternommen habe. Auch gegen die Vorgehensweise der Reichswehr protestierte er und stellte erneut fest, dass er seine Zustimmung zu den ergriffenen Maßnahmen nicht erteilt habe. Zudem wies er daraufhin, er habe als Ergebnis der Gespräche am 27. September erwartet, dass Reichswehrminister Geßler als Inhaber der vollziehenden Gewalt die Verantwortung für das Vorgehen in Sachsen trage.⁴⁴³ Anscheinend hätte Sollmann es bevorzugt, wenn der Reichswehrminister die Absetzung der sächsischen Regierung vollzogen hätte. Die Bedeutung der Entscheidung, Stresemann und nicht Geßler für das Vorgehen in Sachsen zu ermächtigen, blieb ihm offenbar verborgen. Stresemann hatte ganz bewusst darauf hingearbeitet, den Machtdrang des Reichswehrministers zu begrenzen, und damit verhindert, dass die Reichswehr als innenpolitischer Machtfaktor entscheidend Bedeutung gewann. Im Gegensatz zu Sollmann und den anderen sozialdemokratischen Ministern hatte der Reichskanzler erkannt, dass die andauern-

Präsidialbüro entworfen worden. Eine Übertragung der Vollmacht an eine andere Person war darin nicht ausgeschlossen. Ebert übertrug diese aber dem Reichskanzler. BA-B, R 43 I/2309, Bl. 241; BA-B, R 601/429, Bl. 77. Sollmann muss also über den Inhalt der Verordnung informiert gewesen sein. In einem Bericht, den die drei sozialdemokratischen Minister nach dem Ausscheiden aus der Regierung über den Sozialdemokratischen Pressedienst verbreiten ließen, wird jedoch behauptet, diese Verordnung habe weder dem Kabinett vorgelegen, was richtig ist, noch habe ein sozialdemokratischer Minister an der Verordnung mitgewirkt. Vgl. RZ Nr. 276, 26. November 1923. Dies würde bedeuten, dass die Verordnung ohne Sollmanns Kenntnis vom Innenministerium angefertigt wurde. Es ist aber kaum vorstellbar, dass ein derart wichtiges Dokument ausgestellt wurde, ohne dass der Minister den Inhalt kannte.

441 AdR Stresemann II, Dok. 192, S. 869 f.

442 Ebd., Dok. 193, S. 871.

443 Ebd., Dok. 194, S. 876–879.

den Konflikte zwischen Sachsen und der Reichswehr durch die Art des Ausnahmezustands bedingt waren, die der Reichswehr das Heft des Handelns in die Hand gab, und daraus die Konsequenz gezogen, nun sich selbst ermächtigen zu lassen.⁴⁴⁴ Sollmann hatte zwar das Verhalten der Reichswehr in Sachsen mehrmals scharf kritisiert, aber ohne daraus zu folgern, den Einfluss der Reichswehr zugunsten der zivilen Reichsgewalt schwächen zu müssen. Wenn er am 29. Oktober noch die Meinung vertrat, die Absetzung der Landesregierung in Sachsen sei besser in der Verantwortung des Reichswehrministers geschehen, so zeugt dies von einem Unverständnis der Problematik, weil dadurch die Position Geßlers und der Reichswehr noch weiter gestärkt worden wäre.

Am gleichen Abend rief Stresemann die Minister wegen der Vorgänge in Sachsen zu einer Besprechung zusammen. Sollmann schilderte die ihm berichteten Vorfälle, wobei er vor allem das provokante Verhalten der Reichswehr gegenüber der Landesregierung hervorhob. Für derartige Geschehnisse könnten er und seine Fraktionskollegen im Kabinett nicht die Verantwortung tragen, weshalb sie aus dem Kabinett ausscheiden müssten. Dies müsse freilich erst von der Fraktion beschlossen werden. Den Schilderungen Sollmanns konnten die bürgerlichen Minister nicht uneingeschränkt zustimmen, gestanden aber ein gewisses Fehlverhalten der Reichswehr ein. Stresemann und Luther wiesen darauf hin, dass angesichts günstiger Berichte über die außenpolitische Lage sowie der positiven Entwicklungen der Wirtschaft und Finanzen die innenpolitische Krise, bedingt durch einen Austritt der SPD, diese Erfolge zu Nichte machen würde.⁴⁴⁵

Auf der Fraktionssitzung am 31. Oktober entbrannte eine Diskussion über die weitere Vorgehensweise. Müller plädierte dafür, Bedingungen für ein Verbleiben im Kabinett zu stellen. Löbe sprach sich dagegen für einen Austritt aus der Regierung und für die Rückkehr zum Klassenkampf aus. Sollmann berichtete, die sozialdemokratischen Minister hätten Stresemann und Ebert in keinem Zweifel über die Haltung der SPD zum Vorgehen in Sachsen gelassen. Er hielt aber Löbes Vorschlag für falsch. Ein Austritt bedeute ein Bündnis des Reichs mit Bayern-Preußen gegen Sachsen. Im Kabinett gebe es Mitglieder, die das Rheinland preisgeben und Restdeutschland zusammenhalten wollten, um Krieg mit Frankreich zu führen. Er habe seine Aufgabe darin gesehen, das Rheinland beim Reich zu halten, um einen Bruch mit Frankreich zu vermeiden. Stresemann sei zu weiten Zugeständnissen in der Reparationsfrage bereit. Sollmann plädierte daher wie Müller dafür, die weitere Regierungsbeteiligung an Bedingungen zu knüpfen. Diese Haltung setzte sich schließlich durch. Man verlangte

444 Stresemann hatte in der Kabinettsitzung am 17. Oktober bezüglich der Spannungen ausgeführt, die Form des Eingreifens durch die Reichswehr sei durch die Art des Ausnahmezustands bedingt, »die eine Zwischenschaltung des Reichskanzlers nicht vorsieht. Es sei zu überlegen, ob in künftigen Fällen eine andere Form des Ausnahmezustandes zu wählen sei.« Ebd., Dok. 144, S. 614.

445 Ebd., Dok. 195, S. 879–882.

die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands, eine Erklärung der Reichsregierung, in der das Verhalten Bayerns als Verfassungsbruch bezeichnet werde, die Einleitung der nötigen Schritte gegen Bayern, die Beschränkung der Reichswehr auf Hilfsdienste für die zivilen Behörden und die Entlassung von Mitgliedern rechtsradikaler Organisationen aus der Reichswehr.⁴⁴⁶

Mit diesen Forderungen ging man in die Kabinettsitzung am 1. November. Sollmann fasste dort noch einmal die Haltung der Sozialdemokratie zusammen. Die sozialdemokratische Fraktion sei sich darin einig, dass die missliche politische Lage durch das Vorgehen in Sachsen hervorgerufen worden sei. Die sozialdemokratischen Minister hätten zugestimmt, Sachsen eine Frist zu setzen, mit der Form des Briefs sei man aber nicht einverstanden. Danach sei die Entwicklung ohne Befragung des Kabinetts vorangetrieben worden. Von der Fraktion werde nun gefordert, den militärischen Ausnahmezustand aufzuheben. Er hob zudem die Ungleichbehandlung von Bayern und Sachsen hervor. Er selbst habe schon frühzeitig auf die unhaltbaren Zustände in Bayern hingewiesen. Abschließend fasste er die Situation dahingehend zusammen, dass sich jetzt für die bürgerlichen Parteien die Frage stelle, ob sie noch weiter mit der Sozialdemokratie regieren wollten. Er fügte aber für den Fall des Austritts der Sozialdemokratie hinzu, dass eine wohlwollende Neutralität dann nicht möglich sei. Sollmann stellte also im Namen der Fraktion die bürgerlichen Parteien vor die Wahl, entweder die Forderungen der Sozialdemokratie anzunehmen oder sie in die regierungskritische Opposition zu drängen. Es deutete sich jedoch an, dass die bürgerlichen Minister sich nicht auf die Forderungen einlassen wollten.⁴⁴⁷

Der Eindruck vom Vortag bestätigte sich auf der Besprechung der bürgerlichen Kabinettsmitglieder am 2. November, in der sich alle Anwesenden dafür aussprachen, die von der Sozialdemokratie erhobenen Forderungen abzulehnen.⁴⁴⁸ Damit war der Bruch der Koalition fast unvermeidbar. In der Ministerbesprechung am Nachmittag des 2. November prallten die unterschiedlichen Meinungen noch einmal aufeinander, wobei besonders Sollmann scharfe Töne anschlug und für Verstimmungen sorgte. Nach der Erklärung Stresemanns, die Forderungen seien aus politischen und sachlichen Gründen nicht annehmbar, antwortete Sollmann, schon längere Zeit habe es aus

446 Sollmann hatte noch erwogen, die Aufnahme Müllers in die Regierung als Minister ohne Portefeuille zu fordern. Der endgültige Beschluss war nicht ohne kontroverse Diskussionen zustande gekommen, in der vor ultimativen Forderungen gewarnt wurde. AsD, Nl. Keil II/24; AsD, Nl. Giebel II/3, Bl. 257–267. Siehe dazu auch Kastning: Sozialdemokratie, S. 123. Wenig glücklich war die Veröffentlichung dieser Forderungen im Vorwärts, noch bevor sie dem Kabinett vortragen worden waren. Vgl. Vorwärts Nr. 511, 1. November 1923.

447 Stresemann hielt die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands für unmöglich. Reichswehrminister Geßler wurde deutlicher und erklärte, mit der Sozialdemokratie im Kabinett sei eine Verständigung mit Bayern nicht möglich, was einer Aufforderung an die SPD gleichkam, aus der Regierung auszutreten. Die weitere Besprechung der Angelegenheit wurde auf den folgenden Tag verlegt. AdR Stresemann II, Dok. 212, S. 935–938.

448 Ebd., Dok. 214, S. 944–947.

seiner Sicht tiefe Gegensätze im Kabinett gegeben. Von der Fraktion seien bei einem Verbleib im Kabinett weitere Forderungen gestellt worden. Eine weitere Mitarbeit hänge davon ab, dass alle Verhandlungsmöglichkeiten mit Frankreich ausgeschöpft und alle Wirtschaftsmaßnahmen getroffen würden, um das Rheinland beim Reich zu halten. Eine Kapitulation gegenüber Bayern sei für die SPD unter keinen Umständen hinnehmbar. Der Bruch der Regierung sei bedauerlicherweise unvermeidlich, was auch durch die personelle Zusammensetzung des Kabinetts begründet sei. Er griff in der Folge Reichsarbeitsminister Brauns und den Reichswehrminister für ihre Ausführungen in der letzten Kabinettsitzung an. Brauns verließ nach einem Disput mit Sollmann schließlich die Sitzung. Auf die Nachfrage Stresemanns, ob die sozialdemokratischen Minister Rücksprache mit der Fraktion halten wollten, entgegnete Sollmann, es bliebe ihnen nur das Ausscheiden aus dem Kabinett. Sein Parteigenosse, Wiederaufbauminister Schmidt, relativierte jedoch Sollmanns Aussagen. Zwar hatte auch er den Eindruck von schwer überbrückbaren Differenzen, sah aber noch Chancen zur Einigung. Die Verlautbarungen seiner Partei wollte er nicht als Forderungen verstanden wissen. Dies sei nicht ihre Auffassung gewesen. Allerdings sei bei Aufhebung des Ausnahmezustands ein Verbleiben in der Regierung nur schwer möglich. So sicher wie von Sollmann dargestellt, sei die Ablehnung aber nicht. Dies müsse die Fraktion entscheiden.⁴⁴⁹

Diese Uneinigkeit kam auch in der Fraktionssitzung der SPD am Nachmittag des 2. November zum Ausdruck. Schmidt kritisierte, ihre Forderungen seien für Stresemann nicht annehmbar gewesen. Nun bleibe nur noch der Austritt, was politisch schwer wiegende Folgen habe. Sollmann sah als mögliche Folgen innere Kämpfe und den Marsch der Faschisten nach Berlin. Auch er hielt das Ultimatum für falsch. Als wesentlicher Grund für den Bruch sah er weiterhin die personelle Zusammensetzung, weil im Gegensatz zum ersten Kabinett Stresemann eine Gruppe um Brauns, Geßler und Luther den Bruch mit Frankreich wolle und die besetzten Gebiete abgeschrieben habe. Zwar löse er die Koalition nur äußerst ungern, aber er sehe keinen Ausweg, weil man im Hinblick auf Bayern kein für die Partei tragbares Ergebnis finden könne. Hermann Müller sah trotz der zweifellos negativen Auswirkungen schließlich als einzige Möglichkeit den Austritt aus dem Kabinett, was mit großer Mehrheit beschlossen wurde.⁴⁵⁰ Direkt anschließend gaben die drei sozialdemokratischen Minister in einem Brief an den Reichskanzler ihren Rücktritt bekannt.⁴⁵¹

Der Bruch der Großen Koalition war vollzogen und Sollmann, der einer der größten Befürworter dieses Kabinetts gewesen war, hatte zuletzt nichts dafür getan, um dies zu verhindern. Nicht nur in der SPD war man der Meinung, dass diese Entwicklung un-

449 AdR Stresemann II, Dok. 215, S. 948–952.

450 AsD, Nl. Giebel II/3, Bl. 268–270; AsD, Nl. Keil, 4. Siehe dazu auch Kastning: Sozialdemokratie, S. 126.

451 AdR Stresemann II Dok. 216.

vermeidlich gewesen war, weil man die Sozialdemokraten aus der Regierung gedrängt habe. Sollmann selbst begründete seinen Austritt damit, dass er nicht mehr den Eindruck gehabt habe, dass »dieses Kabinett diesen Staat wirklich mit allen Mitteln verteidigen [wolle]«⁴⁵². Dies spielte vor allem auf die Haltung einiger Kabinettsmitglieder zu den besetzten Gebieten an. Denn vielleicht noch mehr als die Ungleichbehandlung von Sachsen und Bayern war für Sollmann diese Frage der Anlass, die Große Koalition aufzukündigen. Beide Begründungen haben eine gewisse Berechtigung, aber die Sozialdemokraten waren sicher nicht unschuldig daran, dass die Regierung scheiterte. Eine Schlüsselfrage war der Umgang mit Sachsen. So ist die Kritik am Vorgehen gegen Sachsen nachvollziehbar, aber an der Entwicklung trug man eine Mitschuld. Monieren konnte man zwar, dass Stresemann eine Aussprache über die Umsetzung von Maßnahmen in Sachsen in der Kabinettsitzung am 29. Oktober angeboten und der Reichspräsident die Ermächtigung mit der Auflage verknüpft hatte, sich vor ihrer Umsetzung mit den sozialdemokratischen Ministern ins Benehmen zu setzen. Als das Kabinett am 29. Oktober zusammentrat, hatte Staatskommissar Heinze aber bereits die Landesregierung abgesetzt. Zudem war die Ermächtigung Eberts auf die Absetzung der kommunistischen Minister in Dresden gerichtet, was auch verfassungsrechtlich unproblematisch gewesen wäre, weil die verfassungsfeindliche Agitation der Kommunisten Grundlage des Eingreifens in Sachsen war.⁴⁵³ Aber von Seiten der Sozialdemokratie war auch wenig getan worden, um die eingetretene Situation zu verhindern. Dabei wäre die Reichsexekution durchaus zu vermeiden gewesen. Zeigner hatte am 26. Oktober signalisiert, die Koalition mit den Kommunisten auflösen und zurücktreten zu wollen.⁴⁵⁴ Davon bekamen aber Stresemann und der Parteivorstand der SPD wohl erst Kenntnis, als der Brief mit dem Ultimatum bereits abgeschickt worden war. Erst danach versuchte man von Seiten der Parteispitze, gezielt auf die sächsischen Parteigenossen Einfluss zu nehmen. Zwar gab es vorher bereits Verständigungsversuche – Sollmann hatte selbst versucht, auf Zeigner einzuwirken –, aber wirklich aktiv wurde man erst, als es schon zu spät war. Im Kabinett wirkte man zwar noch darauf hin, die Reichsexekution zu verhindern, aber Sollmann und seine Kollegen stemmten sich im Vorfeld nicht energisch dagegen. Ebenso vermied Sollmann lange Zeit eine klare Frontstellung insbesondere gegen die sächsische Parteiorganisation, obwohl er persönlich davon überzeugt war, dass Zeigners Politik der Sozialdemokratie schadete. Die Verbindung mit den Kommunisten, die für ihn Steigbügelhalter der Reaktion waren, verurteilte er stets scharf. Sie brachte die Partei in seinen Augen in Misskredit und in ein Glaubwürdigkeitsproblem, weil man mit einer Partei des Umsturzes paktierte. Diese Meinung teilten viele maßgeb-

452 RZ Nr. 259, 5. November 1923.

453 Mühlhausen, Ebert, S. 663–665, 669; Rudolph: Sozialdemokratie, S. 406; Winkler: Revolution, S. 660. Sollmann erklärte auf dem Parteitag 1924, Ebert hätte einer gewaltsamen Entfernung der sächsischen Regierung niemals zugestimmt. Protokoll Parteitag 1924, S. 115.

454 Dies berichtete Wilhelm Dittmann der Fraktion. Winkler: Revolution, S. 665.

liche Personen in der Partei, aber nach außen zeigte man sich gegenüber Sachsen kompromissbereit und zurückhaltend. Mit einem einheitlichen und konsequent verfolgten Kurs hätte sich Zeigner aber womöglich eher zum Aufkündigen der Koalition beziehungsweise Kooperation mit den Kommunisten bewegen und die Reichsexekution damit verhindern lassen. Insgesamt ließ die SPD in diesen Tagen ein deutliches Defizit der innerparteilichen Kommunikation erkennen. Das Vorgehen scheint zwischen Parteiführung, Fraktion und Kabinettsmitgliedern nicht hinreichend abgestimmt worden zu sein und auch mit dem Reichspräsidenten wurde offensichtlich nicht ausreichend Rücksprache gehalten.⁴⁵⁵ So musste den sozialdemokratischen Reichsministern doch klar gewesen sein, dass eine Reichsexekution gegen Sachsen in der Fraktion schärfsten Protest hervorrufen würde. Warum taten sie dann nicht alles dafür, eine Abstimmung mit dem Reichskanzler zu gewährleisten, bevor dieser auf Grundlage der Ermächtigung zur Tat schritt?

Zweifellos war es für die Sozialdemokraten schwer zu ertragen, die Ungleichbehandlung von Bayern und Sachsen im Kabinett absegnen zu müssen. Aber es musste ihnen auch klar sein, dass ein kompromissloses Vorgehen gegenüber Bayern nicht möglich gewesen wäre, selbst wenn im Kabinett der einheitliche Wille dazu vorhanden gewesen wäre. Die Möglichkeit zum Eingreifen stand und fiel mit der Bereitschaft der Reichswehr, eine Reichsexekution zu unterstützen. Als Sollmann Ende Oktober feststellte, dass »des Reiches Ohnmacht gegen München peinlich in die Erscheinung tritt«⁴⁵⁶, so hatte er damit den entscheidenden Punkt getroffen. Die Reichswehr weigerte sich, eine Reichsexekution gegen Bayern durchzuführen, womit diese Möglichkeit ausschied. Der Umstand, dass die Reichswehr ihre eigenen Interessen gegen die Regierung verfolgte und sich vor allem nach rechts tolerant zeigte, war aber nicht neu. Vor diesem Hintergrund muss den Sozialdemokraten bewusst gewesen sein, dass eine Gleichbehandlung faktisch unmöglich und ihr Beharren darauf aussichtslos war. Einen alternativen Weg von Sanktionen gegen Bayern zeigte Sollmann selbst auf. Am 24. Oktober hatte er die Zahlungen an die bayerische Landespolizei einstellen lassen.⁴⁵⁷ Wenn eine Reichsexekution nicht möglich war, musste es im Interesse der SPD liegen, andere Möglichkeiten auszuschöpfen, um Bayern entgegenzutreten, was aber einen Verbleib in der Regierung vorausgesetzt hätte. Durch den Austritt beraubte man sich aber auch dieser Option.⁴⁵⁸

455 In der Kabinettsitzung am 17. Oktober hatte Sollmann bspw. ein Vorgehen kritisiert, für das Stresemann aber die Zustimmung des Reichspräsidenten hatte, wovon die sozialdemokratischen Minister aber keine Kenntnis hatten. AdR Stresemann II, Dok. 144, S. 612–614. Ebert nahm in den Tagen vor der Reichsexekution auch nicht an den Kabinettsitzungen teil. Ebert: Mühlhausen, S. 669.

456 RZ Nr. 254, 29. Oktober 1923.

457 BA-B, R 43 I/2264, Bl. 315–318.

458 Die Anordnung Sollmanns wurde nur drei Tage nach seinem Ausscheiden am 5. November aufgehoben. AdR Stresemann II, Dok. 222, S. 969.

Sollmann nannte aber nicht nur die Frage Sachsens und Bayerns, sondern auch die Rheinlandfrage als Grund, weshalb er den Austritt aus der Regierung befürwortete. Die Preisgabe des Rheinlands, wie sie bei einigen Kabinettsmitgliedern befürwortet wurde, war für ihn völlig indiskutabel.⁴⁵⁹ Eine seiner zentralen Aufgaben als Innenminister sah er in der Rettung des Rheinlands. Aber auch hier stellt sich die Frage, welche Besserung er sich diesbezüglich erhoffte, wenn er aus dem Kabinett ausschied. Wenn Sollmann über die Regierungskrise im ersten Kabinett Stresemann ausgeführt hatte, ein Austritt sei in der prekären Situation des Reiches verantwortungslos gewesen,⁴⁶⁰ so stellt sich die Frage, warum er dies nur zwei Wochen später anders interpretierte. An den innen- wie außenpolitischen Rahmenbedingungen hatte sich wenig geändert. Es drohte im Inneren weiter ein Rechtsputsch, eine Gefahr, die durch eine Regierungskrise und den Austritt der Sozialdemokraten eher gefördert als gemindert wurde. Auch außenpolitisch drohte sich die Lage eher zu verschlechtern, weil dadurch die Kräfte Auftrieb erhielten, die den Bruch mit Frankreich wollten. Die Nachteile eines Regierungsaustritts waren daher offensichtlich. Dennoch drängten der Parteivorstand und diesem folgend auch die Fraktion darauf. Man war nicht dazu bereit, den bei der Mitgliedschaft nur schwer zu vermittelnden Weg zu gehen und in der Regierung zu verbleiben. Parteiinteressen wurden dem Interesse, die parlamentarische Demokratie in einem Moment der Krise zu stützen, vorgezogen. Genau dies hatte Sollmann zuvor mehrfach der eigenen Partei vorgeworfen. In der Situation Anfang November 1923 aber unterstützte er diese Haltung. Im Kabinett war er der Sozialdemokrat, der durch sein aggressives Auftreten den Zusammenstoß mit den bürgerlichen Ministern provozierte und den Bruch der Regierung als unvermeidlich darstellte. Wie kam es zu diesem Sinneswandel?

Zweifellos wirkte der Parteivorstand auf die Kabinettsmitglieder ein, von ihren Ämtern zurückzutreten, wenn man mit den bürgerlichen Parteien keine Einigung mehr erzielen konnte. Die Bedingungen für den Verbleib in der Regierung, die am 31. Oktober aufgestellt wurden, dienten aber nur noch der Rechtfertigung für den Austritt. Eine Fortsetzung der Koalition war von Seiten der SPD nicht mehr gewollt. Sollmann versuchte anscheinend nicht, den Bruch der Koalition zu verhindern. Auch für ihn war offensichtlich der Punkt gekommen, an dem eine Regierungsbeteiligung nicht mehr vermittelbar und wegen der unterschiedlichen Auffassungen auch nicht mehr vertretbar war. Die von ihm genannten Begründungen für den Austritt aus der

459 In der RZ heißt es dazu am 3. November: »In diesen letzten Tagen hat sich gezeigt, wie selbst von Reichsministern mit der deutschen Einheit und mit dem ganzen deutschen Volke gespielt wird, und heute dürfen wir sagen, daß es in der Regierung des Herrn Stresemann, deren Auftrag es ist, das Reich zu retten, selbst Minister gibt, die ihr Hauptziel nicht mehr in der Wahrung der Reichseinheit sehen, sondern bestrebt sind, den vollendeten Bruch mit Frankreich zu vollziehen. Es handelt sich um Minister, die kein Herz mehr haben für unsre bedrängten Rheinländer [...].« RZ Nr. 258, 3. November 1923.

460 Siehe dazu RZ Nr. 244, 17. Oktober 1923.

Koalition waren für sich genommen nicht ohne Berechtigung, in der Gesamtschau aber widersprach die von ihm unterstützte Handlungsweise seinen bis dahin postulierten politischen Überzeugungen. Rückblickend stellte Sollmann seine Entscheidung dann auch in Frage. Die Ereignisse in der Regierungskrise 1923 resümierend schreibt er 1943:

»Ich reichte sofort meine Demission ein. [...] Heute bin ich zweifelhaft, ob der Beschluß nicht übereilt war.«⁴⁶¹

Vielleicht entsprang diese Äußerung auch dem Wissen, dass dieses Handeln genau das zur Folge hatte, was Sollmann eigentlich immer verhindern wollte: eine lange Abstinenz der Sozialdemokratie von der politischen Macht. Es dauerte mehr als vier Jahre, bis sie wieder an einem Kabinett beteiligt war.

Die drei Monate als Reichsinnenminister waren für Sollmann – die Wahl in den Parteivorstand 1933 ausgenommen – der einzige Ausflug in höhere Ämter in seiner politischen Karriere. Er bedauerte sein Ausscheiden freilich nicht. Die Leitung eines Ministeriums war eine Aufgabe, die nicht den Neigungen Sollmanns entsprach. Er fühlte sich wohl als Parlamentarier und Journalist, der mit der Kraft des Wortes und der Schrift agieren konnte, frei von Bindungen an ein bestimmtes Amt. Als Minister musste er aber eine Behörde mit ihren bürokratischen Abläufen leiten, eine Aufgabe, die ihm nicht lag. Dies war ein völlig anderes Arbeiten als im kleinen, wohlvertrauten Umfeld der Redaktion der Rheinischen Zeitung. Für journalistische Betätigung und Auftritte in Parteiveranstaltungen blieb ihm kaum Zeit. Auch fehlte ihm der Kontakt zu Köln und seiner Familie. Seine Bedenken hinsichtlich der Amtsübernahme rührten nicht zuletzt von der Annahme her, dann nur noch selten nach Hause kommen zu können.⁴⁶² Sollmann hatte wohl keine Abneigung gegen Berlin, aber eine tiefe Zuneigung zum Rheinland. Er gehörte zu den Menschen, die ihr vertrautes Umfeld nicht gerne verließen. Er hatte ja bereits 1917 einen Wechsel nach Chemnitz trotz besserer Bezahlung abgelehnt, weil er in Köln bleiben wollte. Die Arbeit in der Redaktion, den regelmäßigen Aufenthalt im Kreis der Familie und in der Heimat musste er als Minister aber größtenteils entbehren. Es ist bezeichnend, dass er anlässlich seiner Teilnahme an der Einweihung des Müngersdorfer Stadions im September 1923 ausführte, dies seien die ersten unbeschwerten Stunden in seiner Zeit als Minister gewesen.⁴⁶³ Diese Aussage lässt auch erkennen, dass er das Amt als Belastung ansah. Womöglich ist auch dieser Aspekt eine Erklärung für Sollmanns Verhalten in den letzten Tagen der Großen Koalition. Sein Auftreten im Kabinett wirkte gereizt und entsprach nicht

461 Sollmann an Walther Victor vom 8. Februar 1943. Zitiert in Victor: *Kehre wieder*, S. 163.

462 Sollmann an Käthe Sollmann vom 13. August 1923. SCPC, DG 45 Wilhelm Sollmann, Box 18, Folder »Correspondence Sollmann Family 1906–1920«, Bl. 5.

463 Siehe RZ Nr. 219, 18. September 1923.

seinem ansonsten vermittelnden Charakter. Vielleicht fühlte er sich mit zunehmender Amtsdauer mit der Aufgabe überfordert und reagierte daher dementsprechend.

Persönlich gehörte die Tätigkeit als Innenminister für Sollmann nicht zu den glücklicheren Abschnitten seines Lebens. Ein höheres Amt strebte er nie wieder an. Politisch ist die Bilanz dieser drei Monate positiver. Das Kabinett Stresemann stand vor gewaltigen Aufgaben. Der passive Widerstand musste beendet, die völlig zerrütteten Staatsfinanzen saniert und die Putschversuche von links und rechts sowie die separatistischen Strömungen abgewehrt werden. Vieles davon wurde bewältigt, ohne dass die drängendsten Probleme endgültig gelöst wurden. Aber dass Deutschland den Herbst 1923 überstand und sich mittelfristig innen- und außenpolitisch stabilisieren konnte, dazu trug die Große Koalition wesentlich bei. Bei allem Ärger Sollmanns über die Umstände des Scheiterns der Koalition stand für ihn doch der Erfolg ihrer Politik fest, wie er es Kritikern auf dem Parteitag 1924 vorhielt:

»Wir haben den passiven Widerstand knapp vor dem Chaos in Deutschland zu Ende gebracht. Wir haben zu Verhandlungen mit dem Verband gedrängt und sie erreicht. Wenn Sie heute die Politik des Sachverständigengutachtens billigen, so strömt sie aus der Außenpolitik, die wir im Herbst vorigen Jahres im Kabinett getrieben haben. Der Separatismus im Rheinlande ist erledigt worden. Wir haben gegenüber den Versackungspolitikern im Kabinett erreicht, daß dem Rheinlande die finanzielle Hilfe nicht gesperrt wurde, und so die Rheinlande politisch fest bei Deutschland gehalten [...].Wir haben durch Hilferding die Rentenmark vorbereitet, die Sanierung der Reichsfinanzen eingeleitet, den Rechtsputsch, namentlich mit Hilfe Severings, verhindert, die Republik gerettet und die Reichseinheit gewahrt.«⁴⁶⁴

Auch wenn die Rolle der SPD hier in mancher Hinsicht überbewertet wird, so ist Sollmanns Resümee der Großen Koalition doch im Großen und Ganzen zuzustimmen. Trotz ihres aus Sicht der Sozialdemokratie unrühmlichen Endes konnte für Sollmann kein Zweifel bestehen, dass die Beteiligung an den Kabinetten Stresemann richtig war. Insbesondere der Reichskanzler ist von ihm für seine Amtsführung gelobt worden. Stresemann sei seiner Ansicht nach von der staatspolitischen Notwendigkeit der Großen Koalition überzeugt gewesen und habe in ihr nicht nur ein taktisches Mittel gesehen. Auch seine Kabinettsführung hatte Sollmann positiv in Erinnerung.⁴⁶⁵

⁴⁶⁴ Protokoll Parteitag 1924, S. 115 f.

⁴⁶⁵ In diesem Sinne äußerte sich Sollmann in einem Vortrag im April 1924 über die Große Koalition. RZ Nr. 98, 25. April 1924. Hirsch berichtet, Sollmann habe ihm gegenüber Stresemann wiederholt ein gutes Zeugnis ausgestellt. Im Kabinett sei er kollegial aufgetreten, habe Diskussion gefördert und sei persönlich immer umgänglich gewesen. Besonders Stresemanns Energie und Ehrlichkeit wurden von Sollmann hervorgehoben. Hirsch: Stresemann, S. 145 f. Von den anderen Kabinettsmitgliedern hatte Sollmann besonders zu Gustav Radbruch ein gutes Verhältnis. Rad-

Er selbst sah seine Aufgaben als Innenminister vor allem darin, die parlamentarische Demokratie gegen die Umsturzversuche von links und rechts zu verteidigen und die Einheit Deutschlands zu wahren. Dies waren zwei Konstanten seiner politischen Tätigkeit seit seiner Wahl in die Nationalversammlung. Durch seine Amtsführung als Innenminister trug er dazu bei, dass die Republik sich in dieser schwierigen Situation behaupten konnte. Er ließ von Beginn an klar erkennen, hart gegen alle Gegner der Republik vorzugehen und war bereit, notfalls auch diktatorische Maßnahmen anzuwenden. Hier deutete sich bereits die Haltung an, die er zum Ende der Weimarer Republik einnahm. Sollmann entwickelte angesichts der Bedrohung durch die Nationalsozialisten Gedanken einer autoritären Demokratie, der es durch ihre größere Machtfülle leichter fallen sollte, ihre Gegner in die Schranken zu weisen. Im Herbst 1923 aber beschränkten sich diese Gedankenspiele noch auf eine vorübergehende Ausschaltung der parlamentarischen Spielregeln auf dem Wege eines Ermächtigungsgesetzes, zu dessen größten Befürwortern er zählte. In Krisenzeiten musste der Staat aus seiner Sicht Stärke zeigen. Dies schloss Waffengewalt mit ein. Gegenüber Gegnern, die selbst keine Skrupel kannten, durfte man seiner Ansicht nach nicht zimperlich sein. Auf einer Kundgebung der republikanischen Jugendverbände sagte er zwei Tage nach seinem Ausscheiden als Minister:

»Ich ehre den Pazifismus und hoffe, daß einmal eine Zeit kommt, in der die Schärfe der Waffen überwunden ist, aber ich freue mich, daß einer der jungen Männer auch nach Waffen gerufen hat in dieser Stunde. Nach den Lehren jeder Religion ist die Waffe der Notwehr erlaubt, und das Deutsche Reich ist in höchster Not. Fünfzigtausend bewaffnete Republikaner im südlichen Thüringen, und um den Spuk der antinationalen, feigen Faschisten wäre es geschehen.«⁴⁶⁶

Der Erhalt der Republik als oberstes Ziel rechtfertigte für ihn eine Loslösung der Regierung vom Willen des Parlaments. Vielleicht waren es gerade die Erfahrungen mit Bayern im Herbst 1923, die Sollmann später vor dem Eindruck neuer Bedrohungen von rechts für andere Lösungen plädieren ließen. Die Machtlosigkeit gegenüber dem bayerischen Treiben scheint ihm geradezu körperliche Qualen bereitet zu haben. Es war für den überzeugten Republikaner Sollmann unerträglich, tatenlos dem offenen Widerstand gegen die Reichsregierung zusehen zu müssen:

bruch schreibt Ende des Jahres 1923 an Sollmann: »Wenn die üblen Wochen der beiden Kabinette Stresemann eine schöne Erinnerung hinterlassen, so ist es die Kameradschaft und Gesinnungsgemeinschaft mit Ihnen und ich hoffe, daß ein Stück uns dauernd miteinander verbinden wird.«
Radbruch an Sollmann vom 23. Dezember 1923, HASTk 1120/546-II-18-45, 45 a.

⁴⁶⁶ RZ Nr. 259, 5. November 1923.

»Mich widert das ewige Lavieren und Verhandeln mit denjenigen an, die die Republik bedrohen.«⁴⁶⁷

Sein anderes zentrales Ziel, der Erhalt des Rheinlands, war zum Ende der Großen Koalition keineswegs gesichert. Als Vertreter der rheinischen Sozialdemokratie widersetzte Sollmann sich allen Bestrebungen, die auf eine Preisgabe oder Abtrennung des Rheinlands hinausliefen. Das Konzept der Sozialdemokraten, Verhandlungen mit Frankreich auf Regierungsebene zu führen und, falls dies keine Ergebnisse brachte, Vertreter der besetzten Gebiete mit den Besatzungsmächten verhandeln zu lassen, war aus ihrer Sicht plausibel, aber es gab dafür keine Unterstützung bei den anderen Parteien. Tatsächlich hatte diese Strategie wohl auch keine Aussicht auf Erfolg. Aber der Einfluss des Widerstands durch Sollmann und die Sozialdemokratie darf auch nicht unterschätzt werden. Ihr vehementer Einsatz für das Rheinland sorgte in den Verhandlungen auf den verschiedenen Ebenen dafür, Entscheidungen hinsichtlich einer möglichen Verselbstständigung der besetzten Gebiete zumindest zu verzögern.⁴⁶⁸ Besonders die Rheinische Zeitung spielte als das Sprachrohr der Sozialdemokratie in den besetzten Gebieten in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle. Der entscheidende Impuls für die Lösung des Reparationsproblems und damit auch für die Frage nach der Zukunft der besetzten Gebiete kam dann durch die Kehrtwende des französischen Ministerpräsidenten Poincaré, der sich doch noch bereitfand, die Reparationsfrage zu überprüfen. Das Ergebnis der daraufhin eingesetzten Kommissionen war der Dawes-Plan, der im April 1924 vorgestellt wurde.⁴⁶⁹

5 Kommunalpolitik in Köln

Parallel zu seinen Aufgaben als Reichstagsmitglied und Chefredakteur der Rheinischen Zeitung war Sollmann bis 1924 auch Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und dort Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion.

Bis zur Stadtratswahl 1919 saßen in der Stadtverordnetenversammlung nur drei Sozialdemokraten – neben Sollmann noch August Haas und Heinrich Erkes –, die wie bereits beschrieben durch ein Wahlabkommen mit den bürgerlichen Parteien in die Stadtverordnetenversammlung einzogen.⁴⁷⁰ Von Beginn an unterstrichen die So-

⁴⁶⁷ Ebd.

⁴⁶⁸ Vgl. bspw. den bereits zitierten Bericht des Abgeordneten des rheinischen Provinziallandtags von Stedman über Sondierungen in Berlin: »Nicht zu verkennen war eine starke Einwirkung des Ministers Sollmann, der immer wieder betonte, es sei noch nichts verloren und er sei seiner Leute sicher.« HASTK 902/253/4.

⁴⁶⁹ Zu den Entwicklungen, die zum Dawes-Plan führten, und dessen Bestimmungen siehe Krüger: Außenpolitik, S. 218–247.

⁴⁷⁰ Siehe Kapitel III.3.